

Gerhard Isenberg

WANDLUNGEN DER "RÄUMLICHEN ORDNUNG"
IN DEUTSCHLAND VON 1850 BIS 1975

WANDLUNGEN DER "RÄUMLICHEN ORDNUNG" IN DEUTSCHLAND
VON 1850 BIS 1975

Der Ausdruck "Räumliche Ordnung" soll erinnern an das Hauptwerk von August Lösch mit dem Titel "Die räumliche Ordnung der Wirtschaft", erschienen in erster Auflage kurz vor dem Zweiten Weltkrieg, in zweiter Auflage 1944, etwa ein Jahr vor dem Zusammenbruch, zu einem Zeitpunkt, wo nahezu überall ein existenzbedrohender Mangel an Arbeitskräften und noch mehr an Material geherrscht hat. Es gehört zu den mancherlei Merkwürdigkeiten des Geschehens, daß es gelang, für den Druck das nötige Material bereitzustellen. Denn das Werk von August Lösch befaßt sich an keiner Stelle mit den akuten Anforderungen, die im Hinblick auf die damals bereits aussichtslose Kriegslage an die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu stellen gewesen wären. Der Verfasser beschränkt sich vielmehr im Vorwort zur zweiten Auflage auf die Bemerkung, daß "zu der durch den Krieg aktuell gewordenen Raumplanung das Nötigste nachgetragen" sei, und bedankt sich für den ihm durch die Reichsstelle für Raumordnung erteilten Auftrag, "die Auswertung für die praktische Raumplanung vorzubereiten".

So ist auch im Jahr 1944 ein Werk vorgelegt worden, in welchem ein gut Teil der Erkenntnisse vorweggedacht sind, um die sich im Inland und im Ausland die jetzige Generation bemüht. Sie ist herausgefordert, die umfassenden Ergebnisse der Forschungstätigkeit von August Lösch für die Gegenwart und die nähere Zukunft anwendbar zu machen.

In einem derartigen Sinn wollen wir heute versuchen, einen Rückblick zu werfen auf die Wandlungen, die in der räumlichen Ordnung in Deutschland in einem Zeitraum von rund 130 Jahren, etwa von 1850 bis 1978, eingetreten sind.

Zugrundegelegt sind die jeweiligen Staatsgebiete, und zwar in einem ersten Abschnitt, der von 1850 bis 1914, dem Beginn des "Ersten Weltkriegs" geht, das Gebiet des "Kaiserreichs", jedoch zur statistischen Vereinfachung ohne Elsaß-Lothringen, mit entsprechender Zusammenfassung der Einzelstaaten vor 1871. In einem zweiten Abschnitt, der die Zeit zwischen den beiden Kriegen umfaßt, von 1919 bis 1939, das Deutsche Reich in den Grenzen des Versailler Vertrags, dabei einschließlich des Saarlands, und nach 1948, wo allmählich eine Normalisierung der Verhältnisse einsetzte, das Gebiet der

jetzigen Bundesrepublik Deutschland, abgekürzt BR, mit einigen Ausblicken auf die Deutsche Demokratische Republik, abgekürzt DDR.

"Räumliche Ordnung" ist aufzufassen im Sinn der Frage: Wie verteilen sich Bevölkerung und Wirtschaft großräumig auf die einzelnen Teilgebiete? So etwa vor den beiden Kriegen, auf Ostdeutschland, jetzt in der Hauptsache zu Polen gehörend, auf Mitteldeutschland, in etwa der jetzigen DDR entsprechend, jedoch mit Ausgliederung von Berlin, und auf Westdeutschland, der jetzigen BR ohne Berlin entsprechend, gegebenenfalls unter Hervorhebung von Nordrhein-Westfalen. Das jetzige Bundesgebiet ohne Berlin wird gegliedert in Größenordnungen, die für Strukturvergleiche geeignet sind, indem möglichst vermieden wird, die Einzugsgebiete der großen Städte durch Grenzen der Bundesländer (was angesichts der strukturelevanten Höhe der Staatsquote widersinnig wäre) zu durchschneiden: Es handelt sich, ohne Berlin, um die fünf Teilräume:

Nord (= Norddeutsche Küstenländer mit Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen; Nordrhein-Westfalen (NRW); Mitte (mit Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland); Baden-Württemberg (BW); Bayern (By).

In sachlicher Hinsicht werden, soweit das Material leicht zugänglich, die nachstehenden Fakten behandelt:

1. Die Einwohnerzahl und ihre Verteilung auf die Ballungsgebiete (grob umrissen: kompakt zusammenhängende Gebiete mit mehr als einer halben Million Einwohnern) einerseits und den sogenannten "Ländlichen Raum", d.h. Gebiete mit stark agrarischem Einschlag
2. Die sektorale Struktur, mit dem Agrarsektor (= Land- und Forstwirtschaft), dem Produzierenden Gewerbe (= Industrie incl. Bergbau und Handwerk), und dem Tertiärsektor (= Handel und Verkehr, Dienstleistungen privater und öffentlicher Art).

Quer durch diese Hauptsektoren zieht sich, ohne deutlich erkennbare Abgrenzungen und daher statistisch schwer erfaßbar, die räumliche Orientierung des "Absatzes" (auch im Sinn der die Dienste annehmenden und nutzenden Personkreise) einerseits auf den "Nahbedarf" (im täglichen Berufs- und Einkaufsverkehr zumutbarer Bereich, wie etwa das Hinterland einer Mittelstadt u.ä.) und andererseits auf den "Fernbedarf" (alles was wesentlich über den Nahbedarf hinausgeht, so etwa, ohne scharfe Grenzen, ein flächiges Bundesland,

die Bundesrepublik und das Ausland.

Zu den Nahbedarfstätigen gehören in der Hauptsache der Einzelhandel und der ihm vorgeschaltete Verteilergroßhandel, das Handwerk und Gesundheitswesen, die publikumsnahen Dienststellen des Staates vor allem mit der Gemeindestufe.

Ganz grob kann man zu den Fernbedarfstätigen rechnen: Agrarsektor, Industrie und von den Tertiären den doppelseitig fernorientierten Großhandel nebst dem Fernverkehr einschließlich des Hafenumschlags, der "Tourismus", die Zentralen von Großunternehmen sowie des Staates und als Ganzes, da vom Bund finanziert, das Militär.

Trotz der fließenden Grenzen ist die Unterscheidung in Nahbedarf und Fernbedarf so wichtig, weil die Fernbedarfstätigen es sind, die ihr Standortgebiet, d.h. ihr Sitzgebiet an den großen volkswirtschaftlichen Kreislauf anschließen und über die Gegenwerte ihrer Leistungen erst den Bezug von auswärts erstellten Leistungen (Waren und Diensten) möglich machen. Durch die Wertschöpfung der Fernbedarfstätigen wird damit auch der Erwerbsspielraum der Nahbedarfstätigen umrissen und bestimmt.

Die Abhängigkeit der Nahbedarfstätigen von dem Schicksal der in ihrem Standortgebiet ansässigen Fernbedarfstätigen hat in der Politik von jeher eine wichtige Rolle gespielt: So ist auch der große Einfluß der Landwirtschaft nach der Reichsgründung zu erklären, und abgeschwächt auch noch bis zur Gegenwart. Das Gewerbe war in den preußischen Ostprovinzen, abgesehen von Teilen in Schlesien, nahezu restlos abhängig von den Erlösen, die die vorwiegend großbetriebliche Landwirtschaft mit dem Verkauf ihrer Produkte erzielte. Je rationeller und damit arbeitssparender die Landwirtschaft arbeitet, desto größer ist der Erwerbsspielraum des nahbedarfstätigen Gewerbes, umso härter wird dieses aber auch von dem Preisrückgang der Agrarprodukte, sei es relativ oder absolut, betroffen. Landwirtschaft und Gewerbe bilden bei einseitig agrarischer Existenzgrundlage eine regionale Schicksalsgemeinschaft, auch wenn diese durch eine rationalisierungsbedingt geringe Agrarquote statistisch überdeckt sein mag. Trotz geringerer Agrarquote ist eine solche Schicksalsgemeinschaft im Osten enger gewesen als im Süden, wo vielerorts zu einer arbeitsverschwendenden Landwirtschaft, die wenig Erwerbsspielraum für die Nahbedarfstätigen gibt, die Industrie und der Ferntourismus hinzutreten.

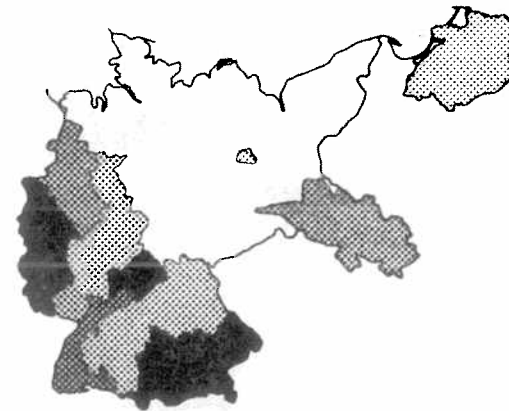
3. Die "sozialfunktionelle Schichtung", worunter in etwa zu verstehen ist: Oben und Unten, Reich und Arm im Sinn der Verteilung von Einkommen und Vermögen, Verbreitung des Eigentums an Grund und Boden, wofür die Häuslebauer im Südwesten im Gegensatz zu dem meist grundbesitzlosen Großstädter

kennzeichnend sind, Kopfarbeit (englisch "white collar") und Handarbeit (entsprechend "blue collar"), Firmeneigentum und abgeleitetes Management, das mit seinen Spitzen vorwiegend in den großstädtischen Metropolen ansässig ist (oder soweit von der Fertigung abtrennbar auch in landschaftlich attraktiven Nachbarkreisen wie Obertaunuskreis, Starnberg, Mettmann u.ä.), und schließlich Management im Sinn von Führung und demgegenüber die ausführende Arbeit in den Fabriken die, oft großstadtnah, in noch ländlichen Gemeinden sitzen.

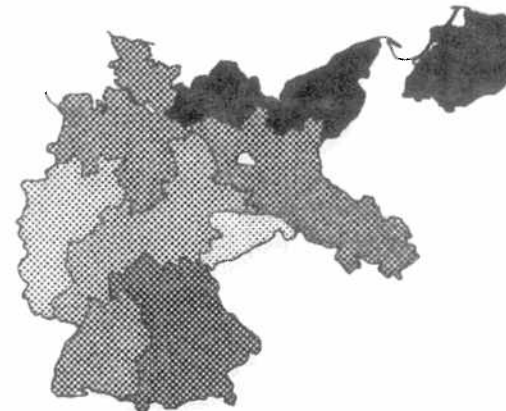
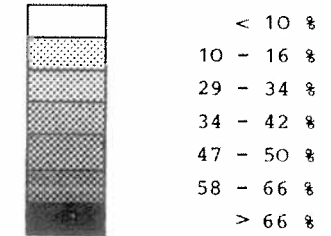
4. Das Sozialprodukt als Ausdruck der zusammengefaßten Leistung eines Gebiets, in der Regel auch identisch mit der "Wirtschaftskraft" (Bruttoinlandprodukt je Einwohner). Dieses deckt sich allerdings nicht immer mit dem Gesamteinkommen, das der ansässigen Bevölkerung zur Verfügung steht. Denn zuweilen werden beträchtliche Geldbeträge von einer Region in eine andere "transferiert". Solche Transfers haben regionalwirtschaftlich eine ähnliche Wirkung wie die Wertschöpfung der (aktiv) Fernbedarfstätigen: Es wird durch die Verausgabung der hereinfließenden Geldbeträge Erwerbsspielraum für die Nahbedarfstätigen geschaffen. Gerade die landschaftlich attraktiven Gebiete verdanken ihren Erwerbsspielraum in beachtlichem Ausmaß dem Empfang von Kapitalerträgen, die auswärts erwirtschaftet sind; Beispiele bieten wiederum die oben erwähnten Landkreise, sowie Großstädte, die etwa wie München, Düsseldorf - früher auch Berlin - kulturell und gesellschaftlich attraktiv sind.

In der Gegenwart, bereits nach dem Krieg einsetzend, spielen allerdings die öffentlichen Transfers die Hauptrolle - sie entstehen dadurch, daß in den wirtschaftlich aktiven und zugleich lukrativen Gebieten mehr an Steuern und Sozialbeiträgen aufgebracht werden als dorthin an Leistungen des Staats, personeller oder sozialer Art, zurückfließen und umgekehrt, in den wirtschaftsschwachen Gebieten mehr an solchen Leistungen des Staats (in der Form von Renten, Pensionen, Subventionen etwa an den Agrarsektor) hinfließen als dort an Abgaben und Preisen im weitesten Sinn aufgebracht und an den zentralen Staat (Bund, Land, Sozialversicherung, aber auch Bundesbahn und Bundespost etc.) abgeführt werden.

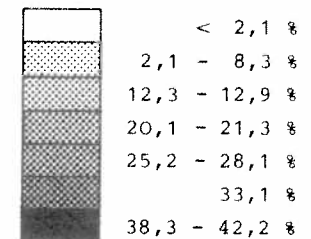
Durch die öffentlichen Transfers werden die Unterschiede, die in der Leistungskraft der aktiven Bevölkerung bestehen, in einem beträchtlichen Maße abgeschwächt. Regional werden die Unterschiede zwischen Reich und Arm jedenfalls recht fühlbar verringert und auf diese Weise mehr Menschen in den struktur-



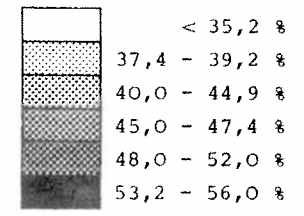
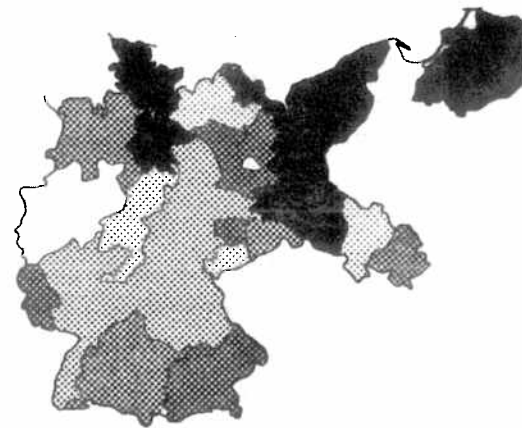
Anteil der Katholiken
an der Gesamtbevölkerung,
1933



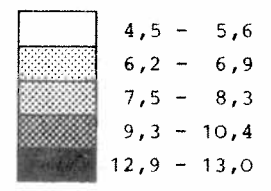
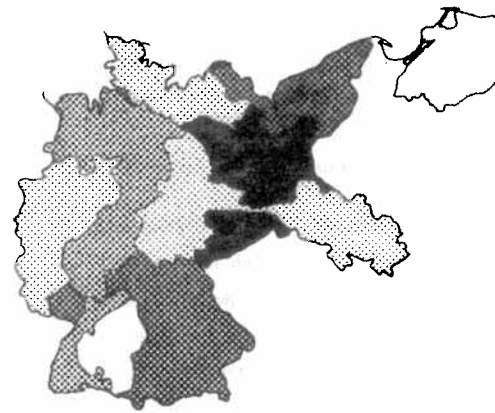
Agrarquote
Anteil des Agrarsektors
an der Gesamtbevölkerung,
1933



NSDAP Stimmenanteil
am 18.3.1933



Arbeitslose
je 100 Einwohner
Anfang 1933



schwachen Gebieten mit ländlichem Charakter, meist mit dem "Ländlichen Raum" deckungsgleich, von einer sonst mangels Erwerbsmöglichkeiten unausweichlichen Abwanderung zurückgehalten. Auf solche Weise wird die Bodenständigkeit gegenüber einer rein ökonomisch orientierten Wanderung gefördert. Ohne finanzielle Ausgleichsvorgänge würde die "räumliche Ordnung" im Sinne der Verteilung der Bevölkerung auf die größeren Teilräume in der Bundesrepublik anders aussehen.

Nun zur Darstellung des zeitlichen Ablaufs mit den drei Abschnitten 1850 bis 1914, 1919 bis 1939 und ab 1948.

1. 1850 bis 1914; DIE ZEIT BIS ZUM ERSTEN WELTKRIEG

- (1) 1. Zu Beginn, von 1850 bis 1870, war Deutschland aufgespalten mit mehr als der Hälfte von Fläche und Bevölkerung in ein großes Preußen einerseits und eine Reihe von mittleren, kleinen und kleinsten Staaten andererseits.

Einer der Vorzüge der Größe von Preußen war, daß hier die Voraussetzungen für einen internen, großräumigen Finanzausgleich vorlagen zwischen den aufsteigenden Industriezonen im Westen und dem vorwiegend agrarisch bleibenden Osten; in letzterem konnte auch im Bildungswesen ein angemessener Standard erreicht werden. Im Vergleich dazu verharrten die beiden selbständigen Staaten Mecklenburgs, abgesehen von einigen größeren Städten, in einer Rückständigkeit, von der sich ein Bundesdeutscher schwerlich eine Vorstellung machen kann. In Mecklenburg blieben die Transfers, die in die preußischen Ostprovinzen flossen, aus; auch sonst fehlten die Impulse, wie sie von den Großstädten auf den ländlichen Raum, staatsgebietsintern, zu erwarten sind.

Das Gefälle, das üblicherweise zwischen großstädtischen und industriellen Gebieten auf der anderen Seite besteht, hat sich im ehemaligen Reichsgebiet allerdings nicht nur auf den Norden beschränkt. Es verblieben auch auffallende Unterschiede zwischen dem Königreich Sachsen mit hochwertiger Industrie und fortschrittlicher Landwirtschaft auf der einen Seite und dem weitflächigen Land Bayern, das abgesehen von seinen Großstädten und dem unter dem Einfluß von Sachsen stehenden Nordosten kaum mit Industrie besetzt war und dank der Nachteile von Klima und Agrarstruktur eine niedrige

Steuerkraft aufwies, also wenig Masse für einen Ausgleich zugunsten des ländlichen Raums bieten konnte. Kaum besser stand es, abgesehen von der verkehrsgünstigen Rheinebene, mit den Ländern des Südwestens.

2. Wenn man von einem gewissen Grad der Wohlhabenheit in den Hansestädten und den früh etablierten Industriezonen absieht, so war der Standard in Deutschland als Ganzes gesehen um 1850 dürftig, und - im Vergleich zu den Ländern im Westen, zu Frankreich, England und den Beneluxländern - als ein armes Land zu bezeichnen. Es bestand ein Mißverhältnis zwischen der rasch wachsenden Zahl der Einwohner und der Tragfähigkeit im Sinn der durch die "Fernbedarfstätigkeit" gegebenen Existenzgrundlagen. Man kann so etwas auch "Übervölkerung" nennen. Diese kam besonders krass zum Ausdruck in den Höhegebieten des Südwestens und des südlichen Westens. Die dort übliche Freiteilbarkeit des landwirtschaftlichen Grundbesitzes verleitete zur "Schollenkleberei". Wilhelm Heinrich Riehl nennt derartig übervolkerte Gebiete "Land der armen Leute" - sie waren in der Tat wesentlich ärmer als der Durchschnitt der preußischen Ostprovinzen, nur daß im letzteren das Eigentum recht ungleichmäßig verteilt und es daher eher Grund zu sozialem Zündstoff gab.
3. Aus der Übervölkerung und dem niedrigen Lebensstandard erwuchs ein Druck zur Auswanderung, der sich in erster Linie nach Amerika richtete. Nicht übersehen werden darf dabei, daß auch die Metropole Paris, mindestens für einige Jahre des Arbeitslebens, das Ziel für überschüssige Arbeitskräfte aus dem Südwesten bildete; ganze Stadtteile von Paris wurden gereinigt durch Straßenkehrer, die aus Hessen stammten und so auch einer geistlichen Betreuung bedurften. Deutsche übten die unteren Tätigkeiten aus, zu denen sich von den Einheimischen kaum jemand bereitfand, so ähnlich, wie das jetzt für die türkischen Gastarbeiter in Deutschland gilt. Die Schweiz, die damals aufgrund der Expansion von Feinindustrie und Fremdenverkehr, insbesondere mit anspruchsvollen Besuchern aus dem reichen England, ihren Bedarf an "einfachen" Arbeitskräften nicht mehr aus den eigenen Reihen decken konnte, holte Gastarbeiter aus dem benachbarten Baden, ganz abgesehen von Italien. Herkunftsgebiete waren damals hauptsächlich der benachbarte Norden; in der Gegenwart ist Norditalien selbst, dank der ungedeckten Nachfrage seitens der erfolgreichen Industrie, Zuwanderungsgebiet für Arbeitskräfte, die aus dem übervolkerten Süditalien stammen.

4. Anders als im Südwesten, dessen Auswanderungsziele im Ausland lagen, verhielt es sich mit den Ostgebieten Deutschlands. Hier boten die Eigentumsverhältnisse wenig Gelegenheit zur Schollenkleberei; es handelte sich überwiegend um Arbeiter ohne oder nur mit geringem Grundbesitz. Deren Wanderungsziel waren in der Hauptsache die nächst erreichbaren Großstädte wie Breslau, Königsberg etc. und soweit diese bereits "überlastet" waren, die Reichshauptstadt Berlin und im Westen das Ruhrgebiet. Dort waren die Arbeitskraftreserven in den benachbarten Herkunftsgebieten bald ausgeschöpft. Die Montanindustrie mußte weiter ausgreifen bis auf das rund 1000 Kilometer entfernte Ostdeutschland und darüber hinaus auch auf Russisch-Polen. So entstehen die Wanderungsströme von Osten nach Westen, die sogenannte "Ostwestwanderung". Der Südwesten hat, dank seiner Außenorientierung, verhältnismäßig wenig zur Zusammensetzung der Bevölkerung des Ruhrgebiets beigesteuert. Abgesehen von Berlin und dem Ruhrgebiet haben sich die Wanderungen von dem übervolkerten "platten" Land in die aufsteigenden Großstädte innerhalb der Teilräume vollzogen; so ist es zu erklären, daß das landsmannschaftliche Element in der Sprache der Großstädte wie Stuttgart, Nürnberg, Hannover, Leipzig und Dresden u.a. auch heute noch unverkennbar hervortritt.

- 2) Die innerdeutsche Wanderung steht, wie aus den bisher regional orientierten Ausführungen hervorgeht, in engem Zusammenhang mit dem Wandel der sektoralen Struktur, mit dem "Übergang vom Agrarstaat in den Industriestaat". Unter dieser Redewendung darf allerdings nicht verstanden werden, daß die Produktion des Agrarsektors zurückgegangen wäre; im Gegenteil: Die Flächenerträge sind wie nie zuvor gestiegen, bei Getreide (im deutschen Durchschnitt, wobei der Süden beachtlich nachhinkte) etwa um fast 100 %, von rund 10,5 Dz um 1850 auf 18,3 Dz 1910/13. Aber dieses Mehr an Flächenerträgen wurde mit relativ weniger Arbeitskräften erzielt. Dementsprechend ging die "Agrarquote" zurück; d.h. der Anteil des Agrarsektors an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen (damals in etwa gleichzusetzen mit der Zahl der Erwerbstätigen) ging von 1850 bis 1907 von etwa der Hälfte auf ein Drittel zurück, obwohl sich in diesem Zeitraum die Ernährung verbesserte.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen in der sektoralen Struktur:

Von 100 Erwerbstätigen entfallen auf die Hauptsektoren

Jahr	Agrarsektor	Produzierendes Gewerbe	Tertiärsektor, davon	
			ohne Dienstboten	Dienstboten allein
1850 (ge- schätzt)	50	.	.	.
1882	42,2	35,6	14,2	8,0
1895	36,3	38,9	17,6	7,2
1907	33,9	39,9	20,4	6,2

Man ersieht: Das Produzierende Gewerbe, und darunter in erster Linie die hier nicht gesondert erfaßte Industrie, dringt vor, mit einem Gewinn von $(39,9 - 35,6 =) 4,3$ Prozentpunkten. Aber noch wesentlich größer ist der Gewinn der Tertiären, vor allem wenn man die darin enthaltenen Dienstboten ausklammert, nämlich $(20,4 - 14,2 =) 6,2$ Prozentpunkte. Die Dienstboten nehmen mit ihrer Zahl ab, was mit dem Schwinden einer aus dem Feudalsystem überkommenen Mentalität zusammenhängt. In der gehobenen Mittelklasse gehörten Dienstboten zu einem unentbehrlichen Statussymbol; selbst wenn man dieserhalb an der Ernährung sparen mußte. Der Prozeß der strukturellen Umschichtung zugunsten des Tertiärsektors wurde, infolge der gegenläufigen Entwicklung bei den darin enthaltenen Dienstboten, bei den Wirtschaftswissenschaftlern viel zu wenig ins Bewußtsein gehoben.

Fügen wir noch die wichtigsten absoluten Zahlen bei:

	Erwerbstätige ("Arbeitskräfte" = Ak) in Millionen im Gebiet des Deutschen Reichs	
	insgesamt	darunter Agrarsektor ⁺⁾
1850 geschätzt	12,2	6,4
1882 Zählung	17,0	7,1
1895 "	19,9	7,2
1907 "	25,4	8,5

⁺⁾ Der Agrarsektor ist insoweit etwas überhöht, als darin auch die durch die Haushaltsarbeit stark beanspruchten Ehefrauen als Vollarbeitskräfte mit enthalten sind.

- (3) 1. Von dem Wandel der sektoralen Struktur wird zugleich die "soziale Schichtung" betroffen; sie läßt sich, zwar mit dem Vorbehalt, daß in den Selbständigen viele Kümmerexistenzen enthalten sind, durch die in der Statistik ausgewiesene "soziale Stellung" darstellen: Danach haben sich die Anteile der sozialen Gruppen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen wie folgt verändert:

Von 100 Erwerbstätigen gehören zu der sozialen Gruppe

	Selbständige u. Mithelfer	Angestellte + Beamte "white collars"	Arbeiter "blue collars"	Relation white/blue
1882	38,7	7,6	53,7	0,14
1907	35,9	13,9	50,2	0,28
Differenz 1907-1882	- 2,8	+ 6,3	- 3,5	
1977 in Bundesrepublik: bei den einheimischen Arbeitskräften, also ohne Gastarbeiter				1,02 1,12 !!

Innerhalb eines Vierteljahrhunderts verdoppelt sich die Relation zwischen white collars und blue collars, kurz zwischen weiß und blau, und, um die Vergangenheit von der Gegenwart abzuheben, ist hier gleich die Relation für 1977 angegeben; sie hat sich gegenüber der Zeit vor etwa einem Jahrhundert verachtfacht.

Vom regionalen Standpunkt aus ist ein solcher Wandel im sozialfunktionellen Bereich gewichtiger als derjenige im sektoralen Bereich: Der White Collar ist großstadtorientiert, der blue collar paßt eher aufs Land. Mit der Motorisierung hat allerdings das "Dorf", das wir als Repräsentanten des ländlichen Raums ansehen, seinen ursprünglichen Charakter verloren, soweit von dort aus die nicht agrarbedingten Arbeitsstätten im täglichen Berufsverkehr erreichbar sind, und das trifft jetzt für annähernd vier Fünftel des Bundesgebietsfläche zu.

2. Vom Gesichtspunkt der Raumordnung ist das Vordringen der White Collars in der Zeit vor der allgemeinen Motorisierung deshalb so wichtig gewesen, weil sich deren Funktionen damals, in weit stärkerem Maße als derzeit, auf

die großstädtischen Metropolen konzentriert haben; dort sind die Vorzüge der Verkehrslage und der Kontaktpflege und der Vorsprung, den eine Häufung von vielseitigen Einrichtungen mit sich bringt, weit größer als jetzt, wo neben dem Automobil auch ein umfassend ausgebautes Fernsprechnetz allseitige Kontakte nahezu überall ermöglicht.

3. Die rein ausführende Arbeit, zumeist Sache der Blue Collars, ist in weit geringerem Maße auf die Vorzüge, die große, umfassend ausgestattete Siedlungseinheiten bieten, angewiesen. So werden die reinen Fertigungsstätten zunehmend an den Rand der großen Städte gedrängt - und auch für die kleineren gilt dies. Da jedoch in der Industrie zwischen Führungsfunktionen und der reinen Fertigungstätigkeit ein lebenswichtiger Kontaktbedarf besteht, werden der Distanz, die zwischen der Leitung der Firma und den Fertigungsbetrieben bestehen, Grenzen gesetzt. In der Gegenwart ist eine solche Distanz häufig durch die Autostunde bestimmt, innerhalb deren Reichweite, soweit mit der Zuleitung von Wasser und Strom vereinbar, eine Streuung möglich und kostenmäßig zumutbar erscheint! In der Zeit vor dem Ersten Krieg, wo man fast ausschließlich auf die Schiene angewiesen ist, konzentrieren sich die Arbeitsstätten - und im Rahmen der fußläufig zumutbaren Entfernungen auch die Wohnstätten - auf die Stationen des Schienennetzes. Daher damals die sternförmige Ausdehnung, während jetzt sich mehr und mehr eine gleichmäßigere Ausbreitung - statt eines Sterns ein Kuchen - anzubahnen beginnt. Man vergleiche die amerikanischen Städte, in denen der Prozeß - zum Schaden der Kernstadt - sehr weit fortgeschritten ist und eine Umkehr, zurück zur "Downtown" angestrebt wird.
- (4) Unter den hier angedeuteten Bedingungen ist es verständlich, daß der Anteil der Großstädte, ungeachtet der im Vergleich zur Gegenwart noch wenig differenzierten Aufspaltung der Funktionen, bereits vor dem Ersten Krieg in etwa die Dreißigprozentschwelle erreicht hat. Kennzeichnend für den Verstädterungsprozeß ist der steile Aufstieg der Reichshauptstadt Berlin (Gebietsstand 1921, erst nach dem Krieg wurden die verschiedenen Randgemeinden zu einer kommunalen Einheit zusammengeschlossen!).

Von den Einwohnern des Reichsgebiets (ohne Elsaß-Lothringen) entfielen auf Berlin:

1852	1,47%
1871	2,35%
1890	4,11%
1907	5,93%

Wie sich die Einwohnerzahl auf die großen Teilräume verteilt hat, zeigt die nachstehende Tabelle:

Von 100 Einwohnern des Reichsgebiets (ohne Elsaß-Lothringen) fallen auf die vorstehenden Teile

	1852	1871	1890	1910	desgl. wenn 1871 = 100
1. Osten, jetzt meist polnisch	25,34	25,42	23,04	20,51	80,7 ($\frac{20,51}{25,42}$)
2. Mitte, jetzt meist DDR ohne Berlin	21,08	21,56	21,77	20,54	95,3 ($\frac{20,54}{21,56}$)
3. Berlin, ganz	1,47	2,35	4,11	5,93	252 ($\frac{5,93}{2,35}$)
4. Mitte incl. (=2+3) Berlin	22,55	23,91	25,88	26,47	110,7 ($\frac{26,47}{23,91}$)
5. Nordrhein- Westfalen		10,77	12,49	15,14	140,6 ($\frac{15,14}{10,77}$)
6. Übriger Westen		39,90	38,59	37,88	94,9 ($\frac{37,88}{39,90}$)
7. Westen (=etwa (=5+6) BR ohne Berlin)	52,11	50,67	51,08	53,02	104,6 ($\frac{53,02}{50,67}$)
8. Summe Deut- sches Reich in Mio Ein- wohnern	100 34,6	100 39,6	100 47,7	100 62,0	

Man ersieht: Der Osten im Sinn der 1919 und 1945 an Polen gefallenen Gebiete erleidet Einbußen, nicht absolut, aber relativ, insgesamt fast 5 Prozentpunkte (25,42 - 20,51). Der Gewinn von Nordrhein-Westfalen ist mit 4,37 Prozentpunkten annähernd so groß; Gewinner ist ebenso Berlin. Verlierer sind die übrige Mitte, einschließlich des Königreichs Sachsen, bekannt durch den extrem hohen Besatz mit Verarbeitungsindustrie und einer dementsprechend

hohen Volksdichte, etwa 330 gegenüber 120 im Reichsdurchschnitt im Jahr 1910, und ebenso der übrige Westen, der weit gefaßt auch Süddeutschland mit einschließt, beide ebenfalls mit je etwa 5 Prozentpunkten.

- (5) 1. Für die Wanderungsbewegung bedeutsam war in der damaligen Zeit, vielleicht noch mehr als jetzt wo die Transfers eine so große Rolle spielen, die Frage, wie sich die Industrie - vereinfacht umrissen das Produzierende Gewerbe ohne Handwerk und Bau - entwickelt hat, im Ganzen und mit ihren hauptsächlichsten Zweigen. Anhaltspunkte dafür geben die Zählungen 1882 und 1907; deren Ergebnisse gibt Sombart wieder in seinem damals in den weitesten Kreisen bekannten Werk "Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert und im Anfang des 20. Jahrhunderts", 5. Aufl. 1921, Anlage 22, Seiten 505/6. Die Zahlen sind hier entsprechend unseren Gesichtspunkten umgerechnet:

Arbeitskräfte (= Zahl der beschäftigten Personen) im Deutschen Reich (hier incl. Elsaß-Lothringen) in ausgewählten Gruppen der "Industrie" in Betrieben mit mehr als 5 Ak

	1882 absolut in 1000	1907	1882 je 1000 Einw. "Besatzziffer"	1907	Veränderung 1907 gg 1882 = 100
Steine und Erden "Montanbereich" =	349	771	7,6	12,4	163
Bergbau, Fe-Gewinnng.	430	861	9,4	13,9	148
Metallverarbeitung incl. NEM Vorprodukte	399	1312	8,7	21,2	244
darunter:					
Elektrotechnik	(2)	(142)			
Chemie	116	265	2,5	4,3	172
Papier u. Druck	160	416	3,7	6,7	187
Textilsektor	910	1080	20,0	17,4	87
Nahrung u. Genuß ohne Tabak	204	294	4,5	4,7	104
Tabak	183	203	2,5	3,3	132
Erfaßte Industrie insges.	2681	5202	59	84	142
Einwohner in Mio	45,7	62,9			

Man ersieht: Überdurchschnittlich auf mehr als 142% v. 1882 gewachsen sind solche Industriezweige, die stark großstadtorientiert sind oder sonst massiert

auftreten. Bei der Metallindustrie dürfte dabei der ebenfalls stark großstadt-immanente Innovationseffekt eine Rolle spielen; man denke an die Rolle Berlins in der Elektrotechnik, die naturgemäß 1882 noch kaum gesondert ausgewiesen werden konnte. Der schon früh, u.a. im Hinblick auf billigere Arbeitskräfte ländlich orientierte Textilsektor, schon 1882 stark vertreten, geht in den Besatzziffern sogar zurück auf 87 % des Stands von 1882.

2. Ein Wort ist noch zu sagen zu dem Entwicklungsstand im Jahr 1907, also im letzten Jahr einer Erfassung der Industrie vor dem Ersten Krieg, im Vergleich zur Gegenwart. Vor dem Ersten Krieg kamen, wenn man die hier nicht erfaßte Holzindustrie mit einbezieht, auf 100 Einwohner in etwa nicht ganz 9 Industriebeschäftigte, in der Bundesrepublik dürften es jetzt, 1978, etwa 12,5 sein, zur Zeit des Höchststands der Industriebeschäftigung etwa 14. Für die damalige Zeit konnte man bereits von einem sehr hohen Industrialisierungsgrad sprechen, wie er (wertschöpfungsmaßig je Einwohner) nur von England und Belgien übertroffen gewesen sein dürfte.
3. Die Chancen, die der Ausbau des verarbeitenden Metallsektors geboten hat, sind, abgesehen von Sachsen, vor allem im Südwesten wahrgenommen worden. Kaum zu unterschätzen ist dabei der Einfluß, der von zwei Persönlichkeiten ausgegangen ist, von Daimler und Bosch. Persönlich bedingte Zufälle mögen dabei auch eine Rolle gespielt haben, so etwa daß Daimler, nach Unstimmigkeiten mit dem um den Benzinmotor hochverdienten Otto ("Ottomotor") seine Entwicklungsarbeiten von Köln, dem sicherlich günstigeren Standort, in den Raum Stuttgart verlegt hat. Das war für den Mittleren Neckarraum ein besonderes Glück, denn der dort frühzeitig forciert ausgebaute Textilsektor begann in den Jahren vor dem Ersten Krieg bereits, wie auch aus der obigen Tabelle ersichtlich ist, zu stagnieren. Aber auch innerhalb des letzteren Sektors hatte der Südwesten eine glückliche Hand insoweit, als er sich bevorzugt auf die im Vergleich zur Weberei expandierende Wirkerei (Unterhosenzentrum "Albstadt", früher Ebingen-Taifingen) als Beispiel) verlegte.

(6) Regional findet das Ergebnis der sektoralen und sozialen Entwicklung bis zum Ersten Krieg seinen Niederschlag in einer "Räumlichen Ordnung", die wie folgt umrissen sein mag:

1. Der Osten bleibt agrarisch, ausgenommen das Kohlevorkommen in Oberschlesien und der Textilgürtel im Vorland der Sudeten und abgesehen von einigen Werften in den Küstenstädten.
2. Innerhalb der Mitte geht von der Reichshauptstadt Berlin ein starker Sog auf das Umland und auf den Osten aus. Er ist nicht nur den zentralen Funktionen der höchsten Stufe zu verdanken, sondern, eher etwas mehr, dem Ausbau der Industrie - erwähnt seien Borsig, Siemens und AEG - bei allen drei hat der Kontakt zu dem öffentlichen Verkehrssektor zweifellos eine wesentliche Rolle gespielt. Von der Industrialisierung profitieren auch die Mittelzentren in Brandenburg und der Provinz Sachsen. In der letzteren sind von der hochergiebigen Großlandwirtschaft mannigfache Impulse auf die Industrie ausgegangen. Das Königreich Sachsen hat schon frühzeitig, im Erzgebirge auch als Ersatz für den eingehenden Metallerzbergbau, eine führende Rolle in den Sektoren Textil und den zum Teil dieser vorgeschalteten Maschinenbau gespielt. Ein Nachteil dieses "Alters" der führenden Branchen war, daß wenig Spielraum für die Wahrnehmung der durch die modernen Branchen gebotenen Chancen bestanden hat (daher wenig Elektroindustrie).
3. Im Nordwesten konzentrierten sich die Aktivitäten weitgehend auf die Seehäfen und ähnlich wie in Mitteldeutschland auf Vorprodukte oder Weiterverarbeitung der Produkte einer auch dort im allgemeinen fortschrittlichen Landwirtschaft; beispielhaft sei Braunschweig genannt.
4. Eindeutiger Gewinner ist der Westen, etwa gleichzusetzen mit dem jetzigen Land Nordrhein-Westfalen. Hier sind die Standorte des Montansektors (Bergbau + Erststadien der Eisen- und Stahlindustrie), dazu treten die für den Montansektor erforderliche Herstellung von Maschinen und Zubehör hinzu, altansässig ist die Textilindustrie sowohl am Niederrhein wie in Ostwestfalen.
Eine ebenfalls aussichtsreiche Position nehmen auch die verkehrsgünstig gelegenen Gebiete in der Mitte der jetzigen Bundesrepublik ein, das Rhein-

Main-Gebiet und die Neckarmündung. Neben den traditionellen Branchen werden Großbetriebe der Chemie ausgebaut, die BASF in Mannheim, die Höchst Farbwerke bei Frankfurt - Frankfurt nennt sich auch jetzt gelegentlich die "Stadt der Chemie". Die BASF in Ludwigshafen wurde in der Pfalz schlechthin "Die Fabrik" genannt, mit weitreichenden Pendlereinzugsgebieten.

5. Mit der Pfalz wird bereits auch der Südwesten getroffen. Wegen der Distanz zu den großen Gewinnungststätten für Kohle und Grundstoffe sowie zu den Einfuhrhäfen ist der Südwesten weitgehend auf die Veredelung, auf transportkostenunempfindliche Produktionen angewiesen. Schon für die Vorkriegszeit kann man feststellen, daß die Transportkostenquote mit der Entfernung von der noch am meisten Standortgunst aufweisenden Rhein-Neckarmündung in den hergestellten Produkten abnimmt; am geringsten ist sie in der Feinmechanischen Industrie am östlichen Rand des Schwarzwalds. Den hauptsächlichlichen Aufstiege verdankt der Südwesten aber den modernen Branchen der Automobilindustrie und der Elektrotechnik, die sich beide gegenseitig "induzieren". Der Erste Krieg trägt zur Beschleunigung bei - dies gilt auch für die ersten Ansätze für eine Luftfahrzeugherstellung am Bodensee.
6. Ähnlich liegen die Verhältnisse, vom Branchenstandpunkt aus, wenn auch nicht in Bezug auf die regionale Verteilung, in Bayern. Hier hat sich die Elektrotechnische Industrie anfangs hauptsächlich im Raum Nürnberg entwickelt. Im Vergleich zu Baden-Württemberg ist die Industrie allgemein mehr in den Großstädten konzentriert. Dies gilt allerdings nicht für die Textilindustrie, die im Nordosten ansässig ist und dort wichtige Impulse aus den angrenzenden Gebieten in Sachsen und Thüringen erhalten hat. Im Ganzen behält Bayern seinen agrarischen Einschlag bei, was abgeschwächt bis zur Gegenwart gilt.

II. DIE ZEIT ZWISCHEN DEN BEIDEN KRIEGEN, VON 1919 BIS 1939

- (1) 1. Die Jahre zwischen 1919 und 1939 unterscheiden sich gegenüber der Vorkriegszeit, die man mit weiter werdendem Abstand zu vergolden geneigt war, in erster Linie durch eine Stimmung, die man, soweit sie die Politik betrifft, als "mies" bezeichnen kann. Ungeachtet der mannigfachen Schwankungen, die man als "systemimmanent" (damals noch nicht gebräuchlicher Ausdruck) hinzunehmen pflegte, und der Härte mancher sozialpolitischer Auseinandersetzungen war die Vorkriegszeit von einem durch viel Fortschrittsgläubigkeit getragenen Aufwärtstrend beherrscht.

Demgegenüber ist für den zweiten Zeitabschnitt, vor allem bei den gehobenen Schichten bis herab zum "kleineren" Mittelstand, eine emotionsgeladene Haltung gegenüber der jungen Republik und ein tief sitzender Pessimismus in der Einschätzung der Zukunftsaussichten charakteristisch.

Gemildert wurden die Gegensätze zwischen rechts und links durch die damals den katholischen Teil der Bevölkerung (siehe Kartogramm S.) repräsentierenden Zentrumspartei, die nahezu an allen Regierungen beteiligt war. Dem Zentrum dürfte es, neben der - gemäßigten - Sozialdemokratie, weitgehend zu verdanken sein, daß sich die schwache Weimarer Republik überhaupt bis zur Machtübernahme durch Hitler gehalten hat.

2. Der - angeblich durch eigenen Verrat - verlorene Krieg ("Novemberverbrecher" wegen des Datums der "Revolte" am 9.11.18) und der "Schandfriede von Versailles" konnten, obwohl dieser gegenüber den Geschehnissen nach 1945 geradezu mild ausgefallen ist, nicht verwunden werden. Unterschrieben worden ist der Friedensvertrag von dem württembergischen Zentrumsmann Matthias Erzberger; er ist dieserhalb das Opfer des Attentats der Rechts-extremisten geworden.

Mild ist der Vertrag von Versailles, obwohl die Alliierten die "bösen" Deutschen durch hohe Reparationszahlungen bestrafen wollten, insoweit ausgefallen, als die Substanz des deutschen Siedlungsraums erhalten und das Reich, wenn auch ohne Kaiser und Fürsten, bestehen blieb; ferner waren die Verluste an Menschen (und Sachen) im Vergleich zum Zweiten Krieg etwas geringer.

3. Zwar fanden nach dem Ersten Krieg auch "Umsiedelungen" (ein damals nicht gebräuchter Ausdruck aus der Zeit während und nach dem Zweiten Krieg) statt, aus den verlorenen Gebieten in Elsaß-Lothringen und den hauptsächlich an Polen gefallenen Teilen der Ostprovinzen. Betroffen waren von diesen Umsiedelungen in der Hauptsache solche Personen, die unmittelbar oder mittelbar mit der Politik etwas zu tun hatten, wie Beamte, Intelligenzberufe, Großgrundbesitzer (so auch aus dem ehemals russisch-zaristischen Baltikum), aus nationalpolitischen Gründen in Posen-Westpreußen angesiedelte Bauern u.ä., kaum aber die Masse der "Kleinen Leute".
4. Für die Aufnahme derer, die ihre Heimat, sei es mit oder ohne direkten Zwang, aufgeben mußten, kamen in erster Linie die größeren Städte in Betracht, so auch die Reichshauptstadt Berlin. Quantitativ waren die Umsiedelungen im Vergleich zur Zeit nach dem Zweiten Krieg, bescheiden; man könnte allenfalls sagen, daß der östliche Teil des Reichsgebiets relativ mehr an Bevölkerung gewonnen hat, vor allem im Hinblick auf das Angebot an Intelligenzberufen und Kaufleuten.
5. Unter den letzteren befanden sich auch einige zehntausend Juden, denen für ihre bisherige Tätigkeit aufgrund des Herrschaftswechsels weitgehend der Boden entzogen wurde. Die Zuwanderung von - an sich bedauernswerten - "Ostjuden", die meist weit unter dem Niveau der seit Jahrhunderten ansässigen und insoweit auch gut integrierten "Alt"-Juden standen, hat gerade in den Ostprovinzen (und sogar in der sonst so toleranten Reichshauptstadt Berlin) mit dazu beigetragen, daß sich antisemitische Stimmungen ausbreiteten. Insoweit hatte das Judenproblem auch eine regionale Seite, die hier Erwähnung verdient.
- (2) 1. Die durch Krieg und Kriegsfolgen verursachten Verschiebungen halten sich regional in engen Grenzen. Das läßt ein Vergleich, der in seiner Aussagekraft zwar wegen der Gebietsverluste etwas, aber nicht ernsthaft, eingeschränkt ist, erkennen: Er bezieht sich auf die Jahre 1925 und 1910; zum ersteren Zeitpunkt, nach dem Auslaufen der Inflation im Spätherbst 1923, hatten sich die Verhältnisse wieder einigermaßen normalisiert.

2. Welche Veränderungen zwischen den politisch sehr wesentlichen Zeitabschnitten eingetreten sind, läßt sich aus der nachstehenden Tabelle ersehen; für die Vorkriegszeit ist das Jahr 1910 gewählt, für die Nachinflationszeit das Jahr 1925, für die Zeit des Nationalsozialismus das Jahr der Machtübernahme, 1933, und das Jahr des Kriegsbeginns, 1939. Räumlich beschränken sich die Zahlen auf das Reichsgebiet nach dem Stand von 1937, also einschließlich Saarland, aber ohne Osterreich.

Anteil der "Gebiete" an der Gesamtbevölkerung des Reichs (Gebietsstand 1937)

	1910	1925	1933	1939	Veränderung in hundertstel Prozentpunkten		
					10/25	10/39	39/33
Osten + Mecklenburg	15.76	15.51	15.31	15.35	-25	-41	+ 4
Brandenburg-Berlin	10.49	10.42	10.50	10.59	- 7	+10	+ 9
Mitteldeutschland	16.68	16.21	16.09	15.97	-47	-71	-12
Östl. "Fasthälfte"	(42.93)	(42.14)	(41.90)	(41.91)	(-79)	(-102)	(+ 1)
Nordwestdeutschld	11.72	11.73	11.77	12.11	+ 1	+39	+35
Rheinld-Westf.+Saar	19.49	20.54	20.77	20.42	+104	+93	-35
Hessen + Pfalz	7.58	7.53	7.56	7.43	- 5	-15	-13
Baden-Württ-Hohenz.	7.96	7.85	7.85	7.89	-11	- 7	+ 4
Bayern rechts Rhein	10.32	10.21	10.15	10.24	-11	- 8	+ 9
Westl. "Plus-Hälfte"	(57.07)	(57.86)	(58.10)	(58.09)	(+79)	(+102)	(- 1)
Einwohner in Mio							
im Deutschen Reich	58.45	63.18	66.02	69.31			
jeweils =	100	100	100	100			

3. Als Ergebnis des Vergleichs zwischen den zusammengefaßten Zeitabschnitten von 1871 bis 1910 (siehe Teil I, Seite) und desjenigen zwischen 1910 und 1939, der erste mit einer Dauer von 39 Jahren, der zweite von 29 Jahren, kommt heraus, daß das Ausmaß des zweiten dasjenige des ersten bei weitem unterschreitet. Die Wanderung war in der "glücklichen" Vorkriegs- und Kaiserzeit weit mehr verbreitet als in den glücklosen Nachkriegsjahren. Die Einbußen des Ostens haben in dem ersten Zeitabschnitt annähernd 5% Anteilsprozente, exakt 491 Hundertstel Prozente, betragen, im zweiten Zeitabschnitt dagegen nur 0,41 Anteilsprozente, also 41 Hundertstel, weniger als ein Zehntel der Kaiserzeit.

4. Es mag auffallen, daß die westliche Industrie Großregion, Rheinland-Westfalen, von 1910 bis 1925 einen relativ starken Zuwachs verzeichnet, ungeachtet der Erschwernisse, die durch die militärische Besetzung seitens der Franzosen verursacht waren. Man denke an den Ruhrkampf, der erst die extremen Ausmaße der Inflation (1923) mit bewirkt hat.

Ein derartiger Mehrbedarf an Arbeitskräften erstreckt sich auch auf Wohnraum und Infrastruktur; damit wurde der Anstoß gegeben zur Errichtung des "Siedlungsverbands Ruhrkohlenbezirk", kurz "Ruhrkohlenbezirk" genannt, im Jahr 1920; es ist die erste offizielle Einrichtung für die Landesplanung, damals allerdings mit etwas anderen, meist weiteren Kompetenzen.

- (3) 1. Die deutsche Wirtschaft befand sich 1925 in einem merkbaren Aufschwung, der sich nach einem kleinen Rückschlag 1926 alsdann rasant fortsetzte, etwa mit dem Höhepunkt 1927/1928. Entgegen den vorausgesagten Folgen, die ein verlorener Krieg mit sich bringen müßte, haben sich die Exportbedingungen überraschend verbessert, wobei die europäischen Nachbarn die besten Abnehmer waren (wie auch nach dem zweiten Krieg).
2. Der Verlust der Ostprovinzteile konnte - so hart er für die Betroffenen gewesen sein mag - rein ökonomisch gesehen verschmerzt werden angesichts des Umstands, daß deren Existenzgrundlage, abgesehen von Ostoberschlesien, fast ausschließlich auf der Landwirtschaft beruht hat. Gerade diese ist in einer wachsenden Wirtschaft, wie damals auch der deutschen, einem Schrumpfungsprozeß ausgesetzt. Für die Landwirtschaft innerhalb des verbleibenden Reichsgebiets ergaben sich, mit dem Wegfall bisheriger Lieferanten, die Chancen, durch Rationalisierung und Intensivierung die Produktionsreserven verstärkt auszuschöpfen.

Von Seiten des Auslands, vor allem von den USA, wurden die ökonomischen Chancen, die das "geschlagene" Deutsche Reich bietet, sehr positiv eingeschätzt; das kam zum Ausdruck in der Bereitschaft, Kredite zu gewähren. Von solchen Angeboten haben allerdings weniger die Wirtschaft als die öffentliche Hand, in erster Linie die Gemeinden, Gebrauch gemacht. Mit der Gewährung von Auslandsanleihen war zugleich auch ein Einströmen von Devisen verbunden; das hat die Bezahlung der Reparationen

nach dem Dawesplan und nachher nach dem Youngplan erleichtert und hat die Notwendigkeit, Exportüberschüsse zu erzielen, aufgeschoben, wenn auch nicht aufgehoben. Ungewollt und unbewußt war damit eine spätere Krise vorprogrammiert. Als diese im Jahr 1929 einsetzte, mußten, einige Jahre später, die Transferierungen der im Inland selbst verhältnismäßig leicht aufbringbaren Beträge ausgesetzt werden.

3. Ungeachtet des wirtschaftlichen Aufschwungs, der sich (bis 1930) auch in steigenden Reallöhnen äußerte, ist die "Stimmung" wenig optimistisch, besser gesagt, ziemlich mies geblieben, ein geeigneter Boden für radikale Erlösungsprogramme. Dazu mag auch beigetragen haben, daß die Arbeitslosigkeit, die vor dem Ersten Krieg, abgesehen von kurzen Krisen und strukturellen Notständen in politisch schweigsamen Gebieten mit ländlichem Charakter, weitgehend verdeckt geblieben ist, nunmehr offen erfaßt werden konnte, so auch aufgrund der Errichtung einer Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung im Jahr 1927. Die Zahl der Arbeitslosen hat die Millionengrenze nie mehr ernsthaft unterschritten; ein Notstand, der nunmehr gegenüber früher offen ausgewiesen wurde, hat zur Verschlechterung der Bewußtseinslage beigetragen.
- Das Minimum der Arbeitslosenzahl im Juli 1928 hat 1,1 Mio betragen, das Maximum im Februar 1932 6,13 Mio. Dabei handelt es sich nur um die registrierten Arbeitslosen; die wirkliche Zahl der Unterbeschäftigten dürfte noch um eine Million höher gelegen haben.
- Das Maximum der Arbeitslosenquote hat großräumig (siehe Kartogramm, S.) im Land Sachsen gelegen, kleinräumig, d.h. auf der Basis eines Gemeindekomplexes von etwa 20 000 Einwohnern, im Ruhrgebiet.
4. Wodurch sich die Nachkriegszeit gegenüber der Vorkriegszeit ebenfalls unterscheidet, ist die offene Ausweisung eines Mangels an Wohnungen - in der Vorkriegszeit wurde die Anpassung an eine für die einkommensschwachen Schichten nie aufhörende Mangellage in den expandierenden Gebieten, namentlich in den Großstädten, über die Mietpreise und das entsprechend enge Zusammenrücken in qualitativ schlechten Quartieren reguliert - man denke an Berlin-Wedding -. Die offene Ausweisung des Wohnungsmangels

hat wiederum in Zusammenhang gestanden mit der Einführung der Wohnungszwangswirtschaft, kriegsbedingt im Jahr 1917.

Eine solche Regelung gibt nun geradezu einen Anreiz zur Immobilität. So ist es verständlich, daß die Neigung zur Binnenwanderung als eine Anpassung an die Veränderungen in den regionalen Erwerbsmöglichkeiten, d.h. an die "Tragfähigkeit", gegenüber der Vorkriegszeit nachgelassen hat.

Auch die Neigung zur Auswanderung, wie sie besonders in den achtziger und neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts verbreitet war und während der anormalen Zeiten nach dem Krieg wieder aufgelebt ist, hat später nachgelassen. Vor allem während der Weltwirtschaftskrise haben die USA, aufgrund der grausamen Not der von der Arbeitslosigkeit betroffenen und einer amtlichen Hilfe entbehrenden Menschen eher abschreckend gewirkt auf Europäer, die doch im Notfall mit einem Minimum an amtlicher Hilfe rechnen können.

- (4) 1. Überraschen mag, daß die Dynamik, die mit der Machtübernahme durch Hitler im Jahr 1933 ausgelöst wurde, nicht ausgereicht hat, um großräumige Verschiebungen merkbarer Umfangs hervorzurufen. Das mag unter anderem daran liegen, daß die Rekrutierung der Arbeitskräfte, die an den Schwerpunkten der mannigfachen Vorhaben wie Rohstoffgewinnung, Straßenbau, später Aufrüstung u.ä. benötigt wurden, im Notfall über die sogenannte "Dienstverpflichtung" erfolgte und damit das Nachziehen der statistisch ins Gewicht fallenden Familienangehörigen entbehrlich machte. Daraus erklärt es sich weitgehend, daß die Veränderungen zwischen 1933 und 1939 sich großräumig in bescheidenem Rahmen hielten; kleinräumig haben sich gegenläufige Bewegungen zu einem guten Teil gegenseitig kompensiert.
2. So ist innerhalb der "Mitte" das darin einbezogene grenznahe Land Sachsen zurückgeblieben, während die zentraler gelegene Provinz Sachsen (-Anhalt) stark zunimmt. Im Südwesten stagniert trotz weit günstigerer Standortbedingungen das Land Baden wegen der Gefährdetheit der Oberrheinebene, während der Arbeitsmarkt in Württemberg überbeansprucht ist. Ähnliches gilt für Bayern, abgesehen von den grenznahen Gebieten. Im Nordwesten

sind Niedersachsen, das östliche Westfalen sowie, wegen der Kriegshäfen, Schleswig-Holstein die Gewinner, die gegen Westen offene Rheinprovinz dagegen der Verlierer.

(5) Im Zusammenhang mit den Ereignissen zwischen 1933 und 1939, d.h. nach der Machtübernahme durch Hitler, mag auch noch kurz geschildert werden, wie es zu dem Namen "Raumordnung" und der Errichtung der Reichsstelle für Raumordnung gekommen ist und andeutungsweise, wie deren Institutionen den Zusammenbruch und den Übergang auf die Bundesrepublik überstanden haben:

1. Im Sommer 1933, kurz nach der Machtübernahme durch Hitler, wurde, dank der forschenden Initiative eines angesehenen Architekten, der sich sehr verdienstvoll und anerkennenswert als "Bauernhausbauer" in der landwirtschaftlichen Siedlung betätigte, sozusagen spontan, unter geringer Beanspruchung der sonst erforderlichen Dienstwege, eine "Reichsstelle für Siedlungsplanung" errichtet, die sich umfassend, wie jetzt eigentlich die Landesplanung, mit der räumlichen Zuordnung von Siedlungen, Industrie, Infrastruktur befassen sollte oder besser gesagt "wollte".
2. Die Finanzquellen stammten aus einem Fonds, den der damals führende Agrarwissenschaftler Max Sering - später in Ungnade gefallen - von Seiten der Industrie u.ä. beschafft hatte. Untergebracht war die Dienststelle, die nur 5 bis 6 Mitarbeiter, darunter 2 Akademiker hatte, in Räumen, die zu der beim Landwirtschaftsminister ressortierenden Deutschen Siedlungsbank gehörten.
3. Als der Reichsarbeitsminister, damals zuständig für die nichtlandwirtschaftliche Siedlung, so auch für die viel erörterte "vorstädtische Kleinsiedlung", merkte, daß mit der "Siedlungsplanung" auch in sein eigenes Arbeitsgebiet ausgegriffen werden sollte, veranlaßte dieser, daß die neue Dienststelle auf die landwirtschaftliche Siedlung zurückadressiert wurde. Daraufhin wurde der Name geändert in "Reichsstelle für bäuerliche Siedlungsplanung". Das Wort "Planung" erregte jedoch das Mißfallen des damals amtierenden Reichsernährungsministers R.W. Darré, bekannt unter dem Namen "Blubo" (Blut und Boden). Die Gründe für ein solches Mißfallen gegenüber dem Wort "Planung"

waren zwar andere als bei dem Promotor der "Sozialen Marktwirtschaft", Ludwig Erhard. Immerhin, damals mußte der Name geändert werden; in einer bunt zusammengesetzten Gesprächsrunde (ohne den Verfasser!) wurde der Name "Reichsstelle für Raumordnung" gefunden, mit dem Zusatz: "bei der Neubildung deutschen Bauerntums"; der Ausdruck "Siedlung" hätte dem Minister ebenso wenig gefallen wie Planung.

4. Wenn diese Interna so ausführlich geschildert werden, so deshalb, weil die "Nachwelt" doch einmal erfahren sollte, wie es zu dem - jetzt ja allseits anerkannten - Namen "Raumordnung" gekommen ist. Allerdings ist dieser Name keine originelle Schöpfung der erwähnten Gesprächsrunde; er findet sich bei einem Wirtschaftswissenschaftler, der sich bereits in den zwanziger Jahren mit der räumlichen Seite der Wirtschaft befaßt hat, dem Rostocker Professor H. Weigmann. Er ist im Kriege gefallen und so bei den neueren Raumforschern in Vergessenheit geraten; sein Name steht nicht einmal in dem "Handwörterbuch für Raumforschung und Raumordnung", herausgegeben im Jahre 1970.

- (6) 1. Nach nicht ganz zwei Jahren im Juli 1935 konnten die Mitarbeiter der ersten Reichsstelle für Raumordnung (mit dem Zusatznamen) aus einer Zeitungsnotiz entnehmen, daß nunmehr über die offiziellen Dienstwege von Partei und Staat eine - neue - Reichsstelle für Raumordnung, ohne jeden Zusatz, errichtet worden war. Sie war mit einer Apparatur von etwa 20 akademischen, anfangs zum Teil der Straßenbauplanung entnommenen Mitarbeitern dem Führer und Reichskanzler unmittelbar unterstellt. Die neue Reichsstelle mußte sich die ihr gemäßen Zuständigkeiten, so die Abstimmung bei der Standortwahl von Betrieben des "Vierjahresplans", von Truppenübungsplätzen etc. in mühsamen Unterhandlungen mit den Fachressorts erkämpfen; auf den Führer, der von ihrer Existenz offensichtlich nichts wußte, hätte sie sich nicht berufen können!
2. Für die Durchsetzung der Gesichtspunkte der Raumordnung fehlte zu Allem eine wichtige Voraussetzung, nämlich das Vorliegen einer Konzeption für eine anstrebenswerte räumliche Ordnung.

3. Ein solcher Mangel konnte dadurch gemildert werden, daß in vielen Problembereichen die anstrebenswerte Ordnung, die sich ihrerseits wieder nach den übergeordneten Zielen der großen Politik zu richten hat, unbestreitbar offen erkennbar ist; insoweit kann man ihre Gesichtspunkte auch ohne systematische Erkenntnisse zur Geltung bringen. Doch dazu fehlte der Reichsstelle, obwohl sie sich in kleineren Angelegenheiten ganz gut durchsetzen konnte, der starke Arm und die Bereitschaft der maßgebenden Persönlichkeiten, im Ernstfall den Empfehlungen der Reichsstelle zu folgen; die Standorte der beiden größten Vorhaben der damaligen Zeit, Volkswagenwerk in Wolfsburg und Reichswerke Hermann Göring in Salzgitter, jetzt "Salzgitter AG", wären auch ohne Reichsstelle für Raumordnung an die von Anfang an vorgesehenen Standorte gekommen.
- (7) 1. Mit Kriegsbeginn wurden die Aufgaben der Reichsstelle für Raumordnung, ganz abgesehen von dem Ausbleiben von landbeanspruchenden Vorhaben ziviler Art, dadurch eingeengt, daß die nach Beendigung des Polenfeldzugs vorgesehene Besiedlung der - vornehm ausgedrückt "wiedergewonnenen" - Ostgebiete dem Himmler unterstellten "Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums" übertragen wurde! Bei der räumlichen Planung innerhalb dieser Gebiete war die Reichsstelle für Raumordnung so zu einer Art "Mitläufer" abfunktioniert, die allenfalls bei der Bestandsaufnahme und ihrer wissenschaftlichen Auswertung oder bei der Suche nach geeignetem Personal Zuarbeit leisten durfte.
2. Gelegenheit für die Reichsstelle für Raumordnung, auf den Gang der Ereignisse Einfluß zu nehmen, besser gesagt darauf zu "reagieren", hat sich mit der Verschärfung des anfangs recht harmlosen Luftkriegs geboten. Unausweichlich geworden ist die Evakuierung der nicht arbeitsnotwendigen Zivilbevölkerung aus den luftkriegsbedrohten und betroffenen Großstädten und Industriezonen, als sich der Luftkrieg, so ab 1942, verschärfte. Hauptzuständiges Ministerium war das Reichs-Innenministerium. Die Mitarbeiter der Reichsstelle für Raumordnung wurden jedoch zugezogen: Bei dieser wurde ein "Reichsumquartierungsplan" ausgearbeitet, bei dem nicht nur, wie anfangs üblich, die Verfügbarkeit von Wohnraum zugrundegelegt wurde,

sondern auch die Erreichbarkeit der Arbeitsstätten sowie die Möglichkeit zur Beschaffung von Nahrung ("hamstern") im Sinn der Ausnutzung von sonst schwer transportierbaren Erzeugnissen, und anderes mehr.

3. Nach dem Zusammenbruch ist die Reichsstelle für Raumordnung auf der ihr gemäßen Stufe des Bundes ersatzlos weggefallen. Einer Wiedererrichtung hätte damals ohnehin schon der neoliberale Kurs, der gegen das Wort "Planung" mit einer an Intoleranz grenzenden Form allergisch war, entgegengestanden. Eine solche Allergie war verständlich und entschuldbar als Gegenreaktion auf das Übermaß an staatlichem Zwang während des Dritten Reichs.
4. Für das Gewissen der nun amtierenden Neoliberalen mag es geradezu als peinlich empfunden worden sein, daß der Begriff "Raumordnung", wörtlich, in das Grundgesetz eingeschleust worden war. Er findet sich in Artikel 75 unmittelbar anschließend an Punkt 3, "Jagdwesen" (hier die Frage: gehört dazu auch die Jagd nach Zuständigkeiten? -) und schließlich, unter Punkt 4, "die Bodenverteilung, die Raumordnung und den Wasserhaushalt". Angesichts des überfachlichen Charakters der Raumordnung entspricht die Lozierung im Grundgesetz, wo sie schlicht neben einigen handfesten Fachaufgaben steht, nicht ganz der Logik, aber immerhin ist die Raumordnung unausrottbar institutionalisiert, und so muß sich der Staatsrechtler verpflichtet sehen, für eine angemessene Unterbringung in der Apparatur des Bundes Sorge zu tragen. Es hat den Anschein, daß die Schöpfer des Grundgesetzes auch nicht genau wußten, was mit der Raumordnung eigentlich gemeint ist.

Glück und Zufall mögen bei der Institutionalisierung der Raumordnung auf der Bundesstufe mit im Spiel gewesen sein - das kann man jetzt nach 30 Jahren, nachdem sich die Raumordnung zu einem unbestrittenen Bestandteil der Bundestätigkeit etabliert hat, mit Ruhe sagen. Dies gilt für die Entstehung des Grundgesetzes wie für die Gründung des Instituts für Raumordnung und das Überleben der jetzigen Akademie für Raumforschung und Landesplanung! Bei den Beratungen des Parlamentarischen Rats ist es einem aus Niedersachsen kommenden Mitglied, der dem mehrmals erwähnten Professor Brüning nahestand, gelungen, den Passus Raumordnung im Artikel 75 einzu-

schleusen. Bei der Errichtung des Instituts für Raumforschung (jetzt "Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumforschung") konnte der Präsident des Wirtschaftsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets mit Sitz in Frankfurt durch einen ehemaligen Beamten der mit dem Zusammenbruch des Deutschen Reichs automatisch eingegangenen Reichsstelle für Raumordnung überzeugt werden, daß eine solche Institution auch für eine künftige Bundesrepublik notwendig sein werde.

(8) Auf der Stufe der Länder war man nicht so wie auf der Bundesstufe von weltanschaulich-ideologischen Gewissensbissen geplagt. Hier konnte man "pragmatisch" verfahren. So haben die Dienststellen der Landesplanung, bisher auf der Stufe der preussischen Provinzen und der Gliedstaaten des Reichs, den Zusammenbruch und den Übergang von der Diktatur zu einer Demokratie ohne besondere Schwierigkeiten überstanden, wenn auch in unterschiedlicher Weise. Dabei erklären sich die Unterschiede aus der jeweiligen Situation des einzelnen Landes:

1. Bayern war wegen des hohen Besatzes mit Vertriebenen und der Weitflächigkeit des Landes in Verbindung mit einer anfänglich sehr starken Konzentration der Industrie in den Großstadträumen von Anfang an angewiesen auf eine von Raumkenntnis getragene Betreuung der mannigfachen Maßnahmen.
2. In dem damals noch dreigeteilten Baden-Württemberg fühlte man sich, angesichts des Stolzes über die von allen Seiten, außerhalb und innerhalb des Landes gerühmten "Ausgewogenheit der Struktur" so gesundheitsbewußt, daß maßgebende Kreise eine Landesplanung für entbehrlich hielten. Die bei den Innenministerien immerhin als Relikt aus dem Dritten Reich hinterbliebenen Referate (oder Abteilungen) konnten sich auf der Stufe der Ministerien und später der Regierungspräsidien notdürftig erhalten, hatten aber einen schweren Stand gegenüber einer gut eingefahrenen und daher zur Selbstgerechtigkeit neigenden Bürokratie und gegenüber den ihre "Souveränität" massiv herauskehrenden Gemeindevertretern. Es mag dem Charisma des 1967 verstorbenen Landesplaners Ziegler zu verdanken sein, daß die Landesplanung im Stellenplan personalmäßig so ausgestattet worden ist, wie es der finanziellen Potenz des sonst recht sparsamen Landes angemessen sein dürfte.

3. In Hessen konnte die Landesplanung von Anfang an bei der Staatsführung auf Sympathie stoßen.
4. In dem neu geschaffenen Land Rheinland-Pfalz war man geneigt, in der Landesplanung ein Instrument zu sehen, das dazu beiträgt, die aus verschiedenen Staaten (Preußen, Hessen, Bayern) kommenden Landesteile zusammenzuschweißen.
5. In Nordrhein-Westfalen konnte die Landesplanung, nahezu nahtlos, an tradierte Institutionen anknüpfen, die schon aus der Zeit vor 1933 existierten und daher nicht mit dem Odium des Dritten Reichs belastet waren. Der neue Leiter, Stephan Prager, Opfer des Faschismus, hat viel getan, um der Landesplanung auch institutionell die erforderlichen Einflußmöglichkeiten zu verschaffen.
6. In den beiden flächigen Küstenländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein lagen die Verhältnisse ähnlich wie in Bayern, ohne die Erschwernisse, die dort von der US-beeinflußten Entnazifizierungspraxis ausgingen: Die norddeutschen Landesplanungsstellen konnten sich als selbstverständliches Element einer vorsorgenden Staatsführung fühlen und auch bewähren. Das galt vor allem auch in dem mit Vertriebenen extrem überbesetzten Land Schleswig-Holstein, das zu allem Unglück auch noch in höchstem Maß durch die Demontage der Werften betroffen war.
7. Von Hannover aus gelang es auch, dank der Rührigkeit des hochangesehenen Professor Brüning, die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, die in Verbindung mit der Reichsstelle für Raumordnung bereits vor dem Krieg errichtet war, am Überleben zu erhalten und dann, mit dem Segen der Bundesländer, in die jetzige "Akademie für Raumforschung und Landesplanung" zu überführen. Erleichtert wurde das Überleben - ebenfalls wieder zu dem was man einen glücklichen Zufall nennen kann - dadurch, daß nur wenige Wochen vor dem Zusammenbruch seitens der Reichsstelle für Raumordnung in Berlin ein recht namhafter Betrag für ein "kriegswichtiges" Forschungsvorhaben überwiesen worden ist; trotz einer Abwertung von 10 zu 1 hat der Betrag für die jetzige Akademie als Startkapital dienen können, mit dem eine Fülle von Forschungsvorhaben in Angriff genommen worden sind, zugleich zum Nutzen von sonst wohl arbeitslos gewordenen Raumforschern.

- (9) 1. Zum Schluß mag die Situation um die Zeit der Machtübernahme, 1933, durch vier Kartogramme, sowie durch eine Tabelle, deren Daten auf die großen Räume reduziert sind, illustriert werden:
- Der Anteil der Stimmen, die für die Nationalsozialisten kurz nach der Machtübernahme bei der noch geheimen Wahl im März 1933 abgegeben worden sind, hier kurz als "NS-Quote" bezeichnet.
 - Der Grad der Arbeitslosigkeit etwa zur selben Zeit, im Februar 1933, je 100 Einwohner (Arbeitslosenziffer).
 - Der Anteil des Agrarsektors an der Gesamtzahl der Einwohner, nach der Zählung im Mai 1933 ("Agrarquote").
 - Desgleichen der Anteil der Katholiken ("Katholikenquote").

Vorweg sei bemerkt, daß die Inhalte der Karten nicht miteinander korrelieren, etwa hohe Arbeitslosenziffer mit hoher NS-Quote, oder umgekehrt niedrige Agrarquote mit hoher NS-Quote. Mit den drei ersten Indikatoren muß zusammen auch die Katholikenquote bedacht werden.

2. Soweit die Wahlkreise nichtkatholisch sind, läßt sich im Norden des Reichs eine gewisse Gleichläufigkeit der Agrarquote mit der NS-Quote feststellen. Das Maximum liegt in Ostpreußen mit einer NS-Quote von 56%, bei einem Reichsdurchschnitt von 43,9%. Ähnlich hoch sind die NS-Quoten im agrarischen Pommern - im Osten insgesamt beträgt die NS-Quote 53%; sie wird gegenüber dem Extrem Ostpreußen gemindert durch die teilweise katholischen Gebiete in Schlesien.
3. Weit mehr als das agrarische Element scheint die Konfession durchgeschlagen zu haben, sowohl in den Industriegebieten wie in den Agrargebieten. Das Minimum liegt in dem stark industrialisierten Bezirk Köln-Aachen mit einer NS-Quote von nur 30%. Zugleich liegt die NS-Quote in dem damals fast lupenrein katholischen und annähernd im selben Grad mittelbäuerlich agrarischen Niederbayern, ungeachtet der Nachbarschaft zu Hitlers oberösterreichischer Heimat, mit 39% immer noch erheblich unter dem Reichsdurchschnitt! Selbst Oberbayern - Schwaben, wo die "Hauptstadt der Bewegung", München liegt, erreicht mit einer NS-Quote von 41% noch nicht

den Durchschnitt.

- Sehr hoch liegt demgegenüber die NS-Quote in dem Industriebezirk Chemnitz-Zwickau, mit extrem hoher Arbeitslosigkeit, u.a. wegen der Einbußen im Export und des Modewandels (in diesem Bezirk bleibt die Arbeitslosigkeit auch nach der Machtübernahme noch lange bestehen, verständlich angesichts des Schrumpfens des Außenhandels auf real kaum mehr als die Hälfte der Vorkrisenzeit).
- Umgekehrt schlagen gegenüber der Konfession auch wirtschaftliche Gesichtspunkte durch: In der NS-Quote übertrifft das grenzgeschädigte Land Baden, trotz höherer Katholikenquote, das in seinem Kern ausgesprochen protestantisch geprägte Land Württemberg, wo das Minimum der Arbeitslosenziffer liegt.

Daten zur Struktur und zur Situation im Deutschen Reich 1933 (auf große Räume reduziert)

Reichsteil		NS-Quote bei	Arbeitslose	Anteil an Gesamtbevölkerung	
		Wahl zum Reichstag im März	je 100 Einwohner Februar	Agrarsektor	Katholiken
		%	%	%	%
Osten	1)	53	9,6	33	30
Mitte	2)	42	12,1 (ohne Mecklbg)	13,5	6
dar. Brandenbg		42)12,9	28	6,3
-Berlin		31		1	10,4
Norden	3)	47	8,7 (mit Mecklbg)	21,5	9,9
Rhld-Westfalen	4)	36	9,5	12,5	59
Beide Hessen + Pfalz	5)	47,5	8,3 (o. Pfz)	19	37
Baden-Württemberg	6)	43	6,1	27	45
Bayern r. Rhein	7)	42,5	6,7	33	74
Dtsch. Reich		43,9	9,2	21	33

- Ostpreußen, Pommern, Schlesien
- Berlin, Brandenburg, Provinz Sachsen und Anhalt, Land Sachsen u. Mecklenburg
- Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und das jetzige Land Niedersachsen (= Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Schaumburg-Lippe)
- Preuß. Provinzen Rheinland u. Westfalen, also das jetzige Land Nordrhein-Westfalen, aus dem die Regierungsbezirke Koblenz und Trier abgetrennt sind, incl. Lilliputstaat Lippe
- Provinz Hessen-Nassau, Land (ehem. Großherzogtum) Hessen, Bayr. Pfalz
- Länder Baden, Württemberg und Preuß. Exklave Hohenzollern
- Land Bayern ohne Pfalz

III. DIE ZEIT NACH DEM ZWEITEN KRIEGE, VON 1945 BIS 1978

- (1) 1. Der Zusammenbruch 1945 hat zur Folge, daß das den vorhergehenden Ausführungen zugrundegelegte Gebiet des Deutschen Reichs in den Grenzen von 1937 (also vor der Vereinnahmung Oesterreichs und der sudeten-deutschen Gebiete) aufgespalten worden ist in die jetzige Bundesrepublik Deutschland, die jetzige Deutsche Demokratische Republik (DDR) und in die hauptsächlich an die Volksrepublik Polen gefallen Gebiete östlich der Oder-Neisse-Linie.
2. In der vorliegenden Studie erscheint es geboten, sich auf das Gebiet der jetzigen Bundesrepublik Deutschland zu beschränken. Um jedoch nicht die Verbindung zu den beiden ersten Abschnitten ganz aufzugeben, ist es angebracht, wenigstens im groben die Größenordnungen aufzuzeigen darüber, wie sich die Bevölkerung des Deutschen Reichs auf die neuen, politisch relevant gewordenen Gebiete aufgeteilt hat; und zwar kurz vor dem Zweiten Kriege, 1939, und kurz vor dem Ersten Kriege, 1910, auch da ohne die 1919 und in der Folge "verlorenen" Gebiete.

Tabelle 1: Einwohner in Millionen

	1939	Anteil %	1910	Anteil %
Westdeutschland, jetzt BRD	40,26	58,05	33,35	57,05
Berlin, West und Ost	4,34	6,35	3,73	6,4
Sowjetzone, jetzt DDR	15,10	21,8	12,92	22,1
Östl. Oder-Neisse, jetzt meist zu Polen gehörend	9,62	13,9	8,44	14,45
Deutsches Reich Gebietsstand 1937	69,32	= 100	58,45	= 100
In den nach 1919... abgetretenen Gebieten lebten			6,48	
Deutsches Reich Gebietsstand 1910			64,93	

(Die Zahlen für 1910 sind entnommen aus dem bereits mehrmals zitierten Buch von Gleitze, Seite 13)

3. Aus dem Vergleich zwischen den Jahren 1939 und 1910 ersieht man, daß Westdeutschland beim Anteil am Reichsganzen auf Kosten der anderen Teile rund einen Prozentpunkt (58,05 - 57,05 = 1,00) gewonnen hat. Mehr als die Hälfte dieses Gewinns geht zu Lasten der Gebiete östlich der Oder-Neisse-Linie.

Es mag auffallen, daß die Reichshauptstadt Berlin mit ihrem Anteil am Reichsganzen, entgegen den in den anderen Staaten üblichen Tendenzen, zu einer Konzentration von Spitzenfunktionen und damit im Gefolge auch der Einwohnerzahl, in den Hauptstädten wie Paris, London leichte Einbußen erlitten hat. Das mag einerseits als ein Zeichen der Vitalität einer föderativen Grundstruktur gedeutet werden; andererseits kann man in einem solchen Zurückbleiben einen Ausfluß der Schwäche der Reichsgewalt sehen; angesichts der allgemeinen Gedrücktheit der politischen Stimmung nach dem Ersten Krieg erscheint eine solche Begründung durchaus plausibel.

Die weiteren nun folgenden Ausführungen beschränken sich auf die Bundesrepublik Deutschland:

- (2) 1. In den Übergangsjahren, die zwischen dem Zusammenbruch und der vollen Normalisierung der Verhältnisse liegen, hat in West und Ost (d. h. in der Mitte, der jetzigen DDR) eine Mangellage, nahezu an allen elementaren Gütern bestanden. Das mußte in regionaler Hinsicht zu einer Umkehrung in der Bewertung und Wertschätzung der Lebensgrundlagen führen: Die agrarisch strukturierten Gebiete standen an der Spitze, die vornehmlich auf den gehobenen Funktionen zentraler Art aufgebauten Großstädte standen am Schluß - dort artete die Knappheit an Lebensmitteln zeitweise in Hunger aus. Vom Standpunkt der Ernährung wurde dabei die Situation insoweit etwas erleichtert, als sich ansehnliche Teile der Bevölkerung aufgrund der luftkriegsbedingten Evakuierung noch im ländlichen Raum befanden.
2. Dies gilt ebenfalls für den größten Teil der Menschen, die aus den Gebieten östlich der Oder-Neisse sowie aus der Tschechoslowakei und dem sonstigen Ausland zwangsweise ausgesiedelt, m.a.W. "vertrieben" worden sind. Für die Unterbringung der Vertriebenen waren die Großstädte größtenteils gesperrt, sowohl wegen der Kriegszerstörungen als auch wegen der Ernährungslage. Für die Vertriebenen bildete die Erschwerung des Zugangs zu den Großstädten insoweit anfangs einen Vorteil, als sich ganz allgemein Katastrophen und ähnliche Notlagen im ländlichen Raum leichter überstehen lassen als in Großstädten und Ballungsgebieten, denn deren

Funktionsfähigkeit hängt ab von einem normalen Zustand in der Versorgung mit elementaren Gütern und in den Verkehrsverhältnissen. Ballungsgebiete sind mehr störungsanfällig als der ländliche Raum. Nach der Normalisierung jedoch bildete ein Wohnsitz im ländlichen Raum für die dorthin "Verschlagenen" bei der Suche nach einer angemessenen Betätigung ein wesentliches Erschwernis.

3. Die Verschiebungen, die regional als Folge des Krieges und der Vertreibungsaktionen zwischen 1939 und 1946 eingetreten sind, mögen ersichtlich gemacht werden durch die Tabelle 2.

Tabelle 2:

Land	Einwohner in Mio.			in % v. 39
	1939	1946	Diff. 39/46	
<u>stark agrarisch</u>				
Schleswig-Holstein	1,59	2,59	+1,00	+ 63%
Niedersachsen	4,54	6,30	+1,76	+ 39%
Bayern	7,04	8,79	+1,75	+ 17%
<u>stark industriell</u>				
Nordrhein-Westfalen	11,94	11,75	-0,19	- 2%
Nord-Baden-Württemberg	3,22	3,68	+0,44	+ 14%
Hessen	3,48	4,06	+0,58	+ 17%

Dazu die Daten für einige ausgewählte Großstädte vorwiegend mit gehobenen Funktionen zentraler Art, Gebietsstand 1946

Stadt	in 1000 Einwohnern			in % v. 39
	1939	1946	Diff. 39/46	
Hamburg	1,712	1,403	-309	-18
Bremen	450	385	- 65	-14
Hannover	471	355	- 74	-16
Essen	667	525	-142	-21
Dortmund	542	436	-106	-20
Düsseldorf	541	421	-120	-22
Köln	772	491	-281	-36
Frankfurt	553	424	-129	-23
Mannheim	285	212	- 73	-26
Stuttgart	496	414	- 82	-17
München	841	752	-131	-16
Nürnberg	423	312	-111	-26

4. Trotz der Härte der politischen und äußeren Lebensbedingungen war die Stimmung, auch unter den gehobenen Kreisen, unvergleichlich besser als

nach dem Ersten Krieg; nach diesem waren es die bösen Feinde und die Verräter im eigenen Lande, die an dem nationalen Unglück schuld waren: Nach dem Zweiten Krieg, wo man auf das Allerschlimmste gefaßt gewesen ist, hatte man so etwa das Empfinden: "Wir sind nochmals davon gekommen". Dementsprechend war man bereit, allerlei Unbillen hinzunehmen und sich nach einer neuen Existenz umzusehen oder sich mit der alten auf die neuen Verhältnisse einzurichten. In der Mehrzahl der Fälle, über die das schwere Schicksal der meist altershalber nicht mehr zur Anpassung Fähigen nicht übersehen werden darf, ist die Umstellung auf die neue Zeit gelungen.

5. Die Grundstimmung ist in Westdeutschland eher von einem gewissen Optimismus getragen worden als in der - sogenannten - Ostzone, der jetzigen DDR. Im Nachhinein ist ein so unterschiedlicher Verlauf durchaus erklärbar: Im Westen flossen dank der US-Hilfen wie Marshallplan u.ä. Devisen ein, mit denen die fehlenden Grundstoffe und Nahrungsmittel eingeführt werden und damit die elementaren Mängel schneller als man je gehofft hatte behoben werden konnten. In der DDR dagegen mußten Reparationen bezahlt werden, was mit einem Abfluß von Devisen und einer Beeinträchtigung der materiellen Lebenshaltung verbunden ist. Erschwerend kam in der DDR die Umformung der Gesellschaft hinzu, von der in erster Linie die bisher führenden Kreise betroffen waren.

- (3) 1. Mit der Normalisierung der Verhältnisse nach der "Währungsreform" im Jahr 1948 setzt in fast allen Sachbereichen ein Aufschwung ein, auf den man unter den Nachwirkungen des Schocks aus dem Zusammenbruch nicht gefaßt war, daher der Name "Wirtschaftswunder". Beschleunigt worden ist der Aufschwung sicherlich auch dadurch, daß die Fesseln der "Bewirtschaftung", unter dem Wirtschaftsminister Ludwig Erhard nahezu total, - d.h. ausgenommen das Wohnungswesen und stark abgeschwächt und modifiziert der Agrarsektor -, beseitigt worden sind. Dank des Vorhandenseins einer relativ intakten Infrastruktur und eines guten Ausbildungsstands der Bevölkerung wurde über die Initiativen der Unternehmerwirtschaft eine Steigerung der Produktion bewirkt, aufgrund derer die Bundesrepublik innerhalb

von zwei Jahrzehnten bezüglich des Sozialprodukts je Kopf in die Spitzenklasse aufgestiegen ist und - nominell wenigstens - auch die Vereinigten Staaten von Amerika = USA eingeholt hat.

2. Entgegen den Besorgnissen, daß sich mit der Steigerung der Volksdichte, hervorgerufen durch den Zustrom von Vertriebenen und "DDR-Flüchtlingen", eine Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Einwohnerzahl und Tragfähigkeit (im Sinn der materiellen Grundlagen) ergeben müßte, ist eine ungeahnte Verbesserung eingetreten.

Es wurde offensichtlich, daß eine hohe Volksdichte⁴⁾ von fast 250 Menschen je km², im Vergleich zu nur 22 in den USA, große Vorteile mit sich bringen kann, allerdings nur bei einer guten Ausstattung und bei eingefahrenen Austauschbeziehungen mit dem Ausland. Die Vorteile einer hohen Volksdichte zeigen sich besonders bei der flächengebundenen Infrastruktur und bei den diese voraussetzenden Kontaktmöglichkeiten, wie sie eine hochentwickelte Gesellschaft erfordert.

3. Bezogen auf den Quadratkilometer sind bei uns für solche Investitionen etwa 4 Millionen DM (Preise 1976), also je Kopf 16000 DM erforderlich, in den USA, unter gleichen Grundannahmen, 25000 DM; der Mehrbedarf resultiert aus der Weitflächigkeit; die Kosten je Kopf wären in den USA noch höher, wenn nicht annähernd die Hälfte der Bevölkerung im Nordosten konzentriert wäre mit einer Volksdichte, die in etwa derjenigen Frankreichs, nicht ganz 100 je km², entspricht. Weitflächigkeit bietet bei einer gleichmäßig angesetzten Verteilung von natürlichen Ressourcen große Vorteile, aber der Anteil der Kosten, die für die Gewinnung der dafür in Betracht kommenden Erzeugnisse, so etwa für Agrarprodukte, ausgegeben wird, geht mit wachsendem Volkseinkommen zurück, und damit werden die Vorteile der Weitflächigkeit an Bedeutung verlieren; das eindrucksvollste Beispiel bieten die USA.

⁴⁾ Anmerkung: Volksdichte ist weniger korrekt als Bevölkerungsdichte, aber kürzer und wird daher von uns bevorzugt; Korrektheit, soweit für das Verständnis entbehrlich, kostet Zeit, und an der muß der Leser wie der Schreiber sparen !

4. Wie sich auf der kleinen Fläche der Bundesrepublik die Einwohnerzahlen entwickelt haben, zeigt die Tabelle 3.

Tabelle 3

Jahr	Einwohner in Mio	je km ²	dsgl. gegenüber Stand 1939 = 100	
			ohne Berlin	
1939	43,01	173	100	100
1950	50,57	200	117	119
1961	56,18	226	131	134
1970	60,65	244	141	145
1977	61,40	248	143	148

Westdeutschland hat gegenüber der Vorkriegszeit, 1939, im Jahre 1977 an Einwohnern fast um die Hälfte, exakt um 48%, zugenommen. In einem Zeitraum von rund 40 Jahren entspräche dies in etwa dem Ergebnis, das unter friedlichen Verhältnissen bei einem relativ bescheidenen Geburtenüberschuß von nicht ganz einem Prozent pro Jahr eingetreten wäre (Bei den Entwicklungsländern ist der Geburtenüberschuß zwei bis dreimal so hoch - wie lange soll das noch gut gehen? -; doch auf die Konsequenzen einzugehen, ist hier nicht die Aufgabe).

- (4) 1. Bevor wir uns mit Westdeutschland befassen, seien einige Bemerkungen zu Berlin vorausgeschickt. Es ist bereits auf den Bedeutungsschwund dieser Stadt für den Westen hingewiesen; er beschränkt sich nicht nur auf die Einwohnerzahl, sondern nahezu auf alle Lebensbereiche, was aus dem Anteil, den Berlin an der Gesamtheit der Bundesrepublik einnimmt, ersichtlich ist:

Tabelle 4 : Von 100 Einheiten in der ganzen Bundesrepublik entfallen auf Berlin (West):

Jahr	Einwohner	Arbeitskräfte in Industrie	Arbeiterstdn im Baugew.	Bruttoinlands- produkt
1958	4,09 (%)	3,63 (%)	3,49 (%)	4,0 (%)
1961 (Mauerbau)	3,9	3,78	2,70	4,0
1966	3,67	3,34	2,58	3,9
1970	3,50	3,08	2,89	3,8
1974	3,28	2,76	2,71	3,7
1976	3,20	2,59	2,70	3,7
1977	3,16	2,52	2,52	.

2. Man kann von einem "Exodus" aus Berlin sprechen, der sich in erster Linie auf die "Führungskräfte" erstreckt. Zurück bleiben vornehmlich die alten Frauen. Ihre Unterhaltsquelle beruht zumeist auf - durch frühere Beiträge erarbeiteten - Sozialversicherungsleistungen, die jetzt von den in Westdeutschland Tätigen aufgebracht werden. Daraus entstehen hohe Transfers, die für die Existenz von Berlin lebenswichtig sind, aber mit dem allmählichen Aussterben der bisher so zahlreichen alten Generation zurückgehen werden. Der ökonomisch gefährdeten Stellung von Berlin wird mit dem Rückgang der Sozialleistungen alsdann auf dem Wege über die Erhöhung der unmittelbaren Leistungen aus dem Bundeshaushalt begegnet werden müssen.

Aufgrund des Exodus der Träger von Führungsfunktionen ist Berlin nun nur noch in verschwindendem Maße Standort von Großfirmensitzen; früher waren beinahe die Hälfte der 100 größten Industrieunternehmen mit dem Firmensitz in Berlin; jetzt ist es nur noch eine einzige, Schering (Chemie und Pharma). Die anderen Großfirmen haben ihren Hauptsitz in den Metropolen Westdeutschlands, und zwar, wie man aus Firmenhandbüchern entnehmen kann, zumeist schon vor dem Bau der "Mauer; im Jahre 1961, mit der äußerlich die längst vollzogene Trennung zwischen West und Ost optisch eindrucksvoll dokumentiert wird.

3. Erben von Berlin sind im Bereich der Industrie in erster Linie München als der nunmehrige Sitz der größten Industrie-Firma der Bundesrepublik, Siemens, alsdann Frankfurt mit der AEG, Stuttgart mit Standard Elektrik (weitgehend die Nachfolgerin der Berliner Firma Mix und Genest, jetzt dem Multi-Konzern ITT zugehörig). Im Staat die Erben sind Bonn als Bundeshauptstadt, aber auch eine Reihe von anderen Städten als Sitz von Bundesoberbehörden. Im Bankwesen ist die Spitzenstellung von Berlin wieder wie vor 1900 auf Frankfurt zurückgefallen, aber auch Köln-Düsseldorf und Essen sowie München partizipieren als Sitz von einflußreichen Instituten. In den großen Organisationen treten ebenfalls die beiden an der Rhein-schiene gelegenen Städte hervor, so bei den Arbeitnehmer-Gewerkschaften, der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, dem Bundesverband der deutschen Industrie, ferner bei den kommunalen Spitzenverbänden u.a.m..

4. Als "Trastpflaster" geblieben ist in Berlin die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, mit viel, allerdings überwiegend subalternem, Personal und neuerdings, klein aber fein, das Bundeskartellamt und das Bundesamt für Umweltschutz.

(5) 1. Wie die Verteilung der Einwohnerzahlen auf die einzelnen Länder(gruppen) von der Vorkriegszeit, 1939, über den Zusammenbruch und die erste Aufbauzeit 1950 bis zur Gegenwart, 1977, verlaufen ist, wird nachstehend dargestellt:

Tabelle 5: Einwohnerzahlen während der Übergangszeit, Vorkriegszeit 1939, unmittelbare Nachkriegszeit 1946, Beginn der Normalisierung 1950 (alles Termine von Volkszählungen, sowie aufgrund von Fortschreibungen: 1977)

a) Bestand (Einwohner in Millionen)

Länder(gruppen)	1939	1946	Diff 46/39	in % v. 39	1950	1977	Diff 77/50	in % v. 50
Schleswig-Holstein	1,59	2,59	+1,00	+63	2,70	2,59	-0,11	
Hamburg	1,71	1,40	-0,31	-18	1,57	1,68	+0,11	
Bremen	0,56	0,49	-0,07	-12	0,56	0,71	+0,15	
Niedersachsen	4,54	6,30	+1,76	+39	6,91	7,23	+0,32	
Nord	8,40	10,78	+2,38	+28	11,74	12,21	+0,47	+ 4
Nordrhein-Westf.	11,94	11,75	-0,19	- 2	13,07	17,03	+3,96	+30
Hessen	3,48	4,00	+0,52	+15	4,34	5,54	+1,20	
Rheinland-Pfalz	2,96	2,75	-0,21	- 7	2,92	3,64	+0,72	
Mitte ohne Saar	6,44	6,75	+0,31	+ 8	7,26	9,18	+1,92	+26
Baden/Württ.	5,53	5,91	+0,38	+ 7	6,41	9,12	+2,71	+42
Bayern	7,04	8,79	+1,75	+25	9,22	10,82	+1,60	+17
Bund ohne Saar u. Berlin / Prozentzah- len stark gerundet!	39,35	43,99	+4,64	+12	47,70	58,36	+10,66	+22

b) Veränderungen der Einwohnerzahlen zwischen 1939 und 1977 (Veränderungen der Einwohnerzahlen jeweils in % des Ausgangsjahres)

Land(gruppe)	1939/46	1946/50	1950/77	1977/39
Nord	+28%	+ 9%	+ 4%	+45%
Nordrhein-Westf.	- 2	+11	+30	+42,5
Mitte o. Saar	+ 5	+ 7,5	+26	+42,5
Baden-Württ.	+ 7	+ 8,5	+42	+65
Bayern	+25	+ 5	+17	+53,5
Bund o. Saar u. Berlin	+12	+ 8,5	+22	+48,5

Aus der Tabelle geht eindeutig hervor, daß der Süden in der Gesamtheit der Zeit von 1939 bis 1977 am meisten an Einwohnern gewonnen hat, darunter Baden-Württemberg mit einer Zunahme um 65% als Spitzenreiter. In der übrigen Bundesrepublik sind die Zunahmeziffern ziemlich ähnlich; sie liegen zwischen 42% und 45%.

2. Das Gesamtergebnis innerhalb des nahezu vierzigjährigen Zeitabschnitts kommt, was den Norden, Nordrhein-Westfalen und die Mitte betrifft, durch Bewegungen zustande, die zum Teil gegenläufig sind, so zuerst Abnahme in Nordrhein-Westfalen aufgrund der Evakuierung, alsdann starke Zunahme aufgrund des Rückflusses der Evakuierten, aber auch der Nachfrage nach Arbeitskräften seitens einer rasch wachsenden Wirtschaft. Umgekehrt ist die Zunahme im Norden anfangs aufgrund des Einstroms der Vertriebenen unverkraftbar hoch, alsdann erfolgt leichter Rückgang aufgrund der Umsiedlungsaktion, allmählich übergehend in eine dem Geburtenüberschuß zu verdankende Zunahme und alsdann, angesichts des schnellen Aufstiegs von Süddeutschland, anteilige Abnahme

- (6) 1. Besser als die absoluten Zahlen, die das Ausmaß der bewegten Massen anzeigen, eignen sich für die Erfassung der räumlichen Verschiebungen die Ziffern der Anteile, mit denen die einzelnen Gebiete am Bundesganzen partizipieren. Dazu die nachstehenden Tabellen:

Tabelle 4: Anteile der Länder(gruppen) an der Einwohnerzahl des Bundesgebiets ohne Saar und Berlin

	1939	1946	1950	1961	1970	1977
Nord	21,3	24,5	24,6	21,7	21,0	20,9
NRW	30,4	26,4	27,4	30,0	29,4	29,2
Mitte	16,4	15,4	15,2	15,6	15,7	15,7
BW	13,9	13,4	13,4	14,7	15,5	15,6
Bayern	18,0	20,3	19,4	18,0	18,4	18,6
Bund total	100	100	100	100	100	100

Um die Tendenzen noch verdeutlicht anzuzeigen, seien die Veränderungen in den prozentualen Anteilen aufgeführt:

	39/77	39/46	46/50	50/61	61/70	70/77
Nord	-0,4	+3,2	+0,1	-2,9	-0,7	-0,1
NRW	-1,2	-4,0	+1,0	+2,6	-0,6	-0,2
Mitte	-0,7	-1,0	-0,2	+0,4	+0,1	0
Baden-Württ.	+1,7	-0,5	0	+1,3	+0,8	+0,1
Bayern	+0,6	+2,3	-0,9	-1,4	+0,4	+0,2
Veränderungsziffern						
= Summe der Veränderungen	2,3	5,5	1,1	4,3	1,3	0,3

2. Aus dem zwischenzeitlichen Vergleich kann man entnehmen, daß die "regionale Dynamik" mit einer Veränderungsziffer von 5,5 am höchsten war im Zeitabschnitt 1939/46, d.h. soweit man den Ausdruck in der damaligen Zeit, während des Kriegs und des Zusammenbruchs, gebrauchen darf, alsdann in der Zeit der Umsiedlung und der allgemeinen "Redressierung" der Verhältnisse zwischen 1950 und 1961, mit einer Veränderungsziffer von 4,3. Anschließend hat sich die regionale Dynamik, im Zusammenhang mit der Normalisierung der Lebensverhältnisse, sehr abgeschwächt bis auf eine Ziffer von 0,3 in der jüngsten Gegenwart zwischen 1970 und 1977.
3. Man ersieht weiterhin: Die Länder, die im Osten der schmalbrüstigen Bundesrepublik liegen und zugleich mit weniger Industrie besetzt sind, haben bei gleichzeitiger Verschlechterung der Existenzgrundlagen (wie damals etwa die Demontage der Marinewerften u.ä., der Wegfall der dort ebenfalls von der Vorkriegszeit her dichter besetzten Garnisonen) überdurchschnittlich viel Vertriebene aufnehmen müssen. Die so entstandenen "Disparitäten" werden zu Beginn der fünfziger Jahre über die "gelenkte Umsiedlung" abgebaut. Die anfangs wesentlich unter dem Vorkriegsstand gebliebenen Anteile von Nordrhein-Westfalen werden entsprechend aufgefüllt.
4. Daß die Vertriebenen, auch nach der Umsiedlungsaktion, in der Bundesrepublik großräumig ziemlich ungleichmäßig verteilt sind, geht aus einer Erhebung aus dem Jahr 1967 hervor: Die Vertriebenenquote im Sinn des Anteils an der Gesamtbevölkerung beträgt danach in Norden 21,6%, in Nordrhein-Westfalen 13,6%, in der Mitte 11,7% (hier ist das Gewicht der ursprünglich von Vertriebenen frei gebliebenen Länder Rheinland-Pfalz

und Saarland sehr groß), in Baden-Württemberg 14,9% (ebenfalls mit erheblichem Anteil der französischen Zone), in Bayern dagegen 19,5. Das Vertriebenenproblem hat allerdings mit dem Aufschwung der Industrie und des Exports und der damit erreichten Erweiterung der "Tragfähigkeit" an Bedeutung verloren; der Integrationsprozeß ist, bis auf kleine Reste von Ressentiments bei einigen alten Einheimischen, erfolgreich verlaufen.

5. Wichtiger war, bis zum Bau der Berliner Mauer, der Zufluß von "Flüchtlingen" aus der DDR - ein glücklicher Umstand war dabei, daß die Aufnahme der Flüchtlinge zusammenfiel mit der produktivitätsbedingten Ausweitung des Erwerbsspielraums für gehobene Berufe; denn um solche handelt es sich vorwiegend bei den "Zonenflüchtlingen".

(7) 1. Der wichtigste Weg, über den sich die Veränderungen in den Landesanteilen vollziehen, sind die Wanderungen, die ihrerseits die Geburtenziffern beeinflussen, und zwar in der Hauptsache die Wanderungen über die Bundesgrenzen. Der weitaus größte Anteil entfällt auf die Gastarbeiter, wobei das Land Baden-Württemberg an der Spitze steht. Dazu einige Zahlen, die möglichst gegenwartsnahe sind:

Tabelle 6: Wanderungen in der Zeit von 1972 bis 1976 (in 1000 Personen)

	Geburtenbilanz	Wanderungsbilanz	
		Ausland	innerdeutsch (= BR)
Nord	- 156	101	27
NRW	- 139	145	-82
Mitte	97	62	25
BW	+ 42	11	11
Bayern	- 52	70	92
Westdeutshl. insgesamt	- 402	+389	+73
Demgegenüber: Berlin			-73 ? (rechnerisch)

	Innerdeutsche Wanderungsbilanz von 1958 bis 1969		desgleichen je 100 Einwohner 1958
	in 1000 Personen		
Nord	- 182		- 1,62
NRW	- 227		- 1,42
Mitte	147		+ 1,64
Baden-Württemberg	173		+ 1,93
Bayern	142		+ 1,54
	Saldo (+)	53	
Berlin	-	53	- 2,38 (rechnerisch)

2. Die beiden Zeitabschnitte 1972 bis 1976 und 1958 bis 1969 sind mit Bedacht einander gegenübergestellt, weil sich hier, mit der Annäherung an die Gegenwart, ein Nachlassen der Dynamik wahrnehmen läßt. Aber selbst in dem dynamischeren Zeitabschnitt von 1958 bis 1969 sind von der Gesamtheit der Bevölkerung des Ausgangsjahrs durch die Wanderungssalden nicht einmal 2% (durch die Wanderung für sich allein selbstverständlich mehr !) betroffen. Im Vergleich dazu haben die Abwanderungsziffern aus dem Osten in der Zeit vor dem Ersten Krieg zumeist mehr als ein Prozent der Ausgangsbevölkerung betragen. Angewandt auf die Zeit zwischen 1958 und 1969 müßte beispielsweise der mehr im Schatten stehende Norden der Bundesrepublik einen Wanderungsverlust von 12% erlitten haben, anstatt von (nicht ganz) bescheidenen 2%.

Der geringe Umschlag an binnenwandernder Bevölkerung ist ein Indiz dafür, daß die Verhältnisse in weit höherem Maße ausgeglichen sind als in den "goldenen" Jahren der Kaiserzeit.

(8) 1. Das hohe Maß an Ausgeglichenheit in der Bundesrepublik bezieht sich allerdings nur auf die großen - hier in der Fünffzahl aufgeführten - Räume. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Verhältnisse kleinräumig oft recht unausgeglichen sind, vor allem im Verhältnis zwischen den Metropolen der 5 Länder(gruppen) zu den an der Peripherie liegenden Einzugsgebieten. Da bestehen echte Disparitäten, doch auch diese lassen sich viel leichter abmildern als es in der Zeit vor der Motorisierung der Fall gewesen ist.

Im Vergleich zu den westeuropäischen Staaten ähnlichen Umfangs bietet die Bundesrepublik ein traumhaft hohes Maß an großräumiger Ausgeglichenheit: Man denke an den Gegensatz zwischen Paris und "le désert Francais" (Gravier), zwischen Südküste mit dem stark expansiven Umland von London nebst der attraktiven Südküste im Gegensatz zu den alten Industriezonen um Manchester-Liverpool, an Italien mit dem Gefälle zwischen dem modern industrialisierten Norden und dem halbfrikanischen Süden.

In der Bundesrepublik könnten die hier zugrundegelegten fünf Teilräume, bei ungehemmt internen Handelsbeziehungen, finanziell durchaus als selbständige Einheiten existieren und die Aufgabe des Zentralstaats, also der Bundesinstanz,

könnte sich auf die Gesetzgebung für solche Regelungen beschränken, die - abgesehen von der Verteidigung - der Erleichterung und Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse dienen.

2. Zur Zeit des Erlasses des Grundgesetzes im Jahre 1949 und dessen Umformung in die Finanzverfassung hat eine solche Einheitlichkeit noch nicht bestanden: Benachteiligt war der Norden, in der Hauptsache durch die Überlastung mit Vertriebenen und in dieser Hinsicht ebenfalls - wenn auch abgeschwächt - Bayern, wozu hier auch noch eine hohe Agrarquote hinzutritt, mit dem Vorherrschen von recht arbeitsaufwendigen Betriebsgrößen.

Solche Erschwernisse sind in Bayern zwar noch nicht voll beseitigt, aber haben durch die Wanderungsbewegungen aufgrund der Umsiedlungsaktion anfang der fünfziger Jahre durch die Expansion der industriellen Wachstumsbranchen, vornehmlich der Elektroindustrie, sowie durch die Verbesserung der Agrarstruktur eine wesentliche Abschwächung erfahren.

3. Im Zuge des wirtschaftlichen Aufstiegs haben sich die großräumigen Unterschiede zwischen "reich und arm" verringert in einem Ausmaß, das man in den Jahren, in denen die wesentlichen Regelungen des Finanzsystems geschaffen wurden, kaum zu erhoffen gewagt hätte.

Dies mag in einer Tabelle gezeigt werden, deren Daten über eine Fülle von Umrechnungen sehr verkürzt wiedergegeben sind.

Tabelle 7: Sozialprodukt je Einwohner (BIP/Wob), Bund = 100

Land	ohne Saar	mit Saar		
	1952	1960	1970	1977
Nord	95,5	102,8	99,3	100,7
NRW	119,1	109,4	103,1	100,7
Mitte	91,5	90,6	96,2	97,4
BW	101,8	102,5	106,6	105,5
By	82,9	88,6	93,9	95,6
Spanne zw.				
Max. u. Min.	36,2 (=119,1-82,9)	20,8 (=109,4-88,6)	12,5 (=106,6-93,9)	9,9 (=105,5-95,6)

Eine Tendenz zur Egalisierung läßt sich auch bei den Gemeindesteuern feststellen, was regionalpolitisch besonders wichtig ist, weil diese fast ausschließlich innergebietlichen Dienstleistungen bestimmt sind und daher eine Stütze für die Leistungsfähigkeit der Träger der Existenzgrundlagen im Bundesland bilden.

Tabelle 8: Aufkommen an Realsteuern je Kopf im Bundesgebiet
Durchschnitt = 100

	1960	1970	1977
Maximum	123	114	107
Minimum	73	82	92
Differenz	50	32	15

4. Noch deutlicher als über die Kopffizern läßt sich die Tendenz zur Egalisierung aufzeigen über die Anteile, die vom Sozialprodukt auf die fünf Länder(gruppen) entfallen (siehe Tabelle 9).

Die Differenzen zwischen Einwohnerzahl und Sozialprodukt gehen zurück, sowohl in Bezug auf das einzelne Land wie in der Summe. Um dies zu verdeutlichen, seien nochmals die Summen der Differenzen - sie bilden sozusagen einen "Disparitätenindex" - angeführt, auch für einige der hier in Tabelle 9 nicht aufgeführten Jahre:

	Disparitätenindex
1950	5,15 (ohne Saar)
1955	4,45 (ohne Saar)
1960	3,75 (mit Saar)
1965	2,50 (mit Saar)
1968	2,15 (mit Saar)
1970	1,90 (mit Saar)
1972	1,25 (mit Saar)
1974	1,40 (mit Saar)
1976	1,25 (mit Saar)
1977	1,25 (mit Saar)

Man kann vermuten, daß nunmehr der Abbau der Disparitäten seinen Abschluß gefunden hat. Gleichmäßiger geht's kaum noch!

Tabelle 9: Anteile an Einwohnerzahl und an Sozialprodukt des Bundesgebietes ohne Berlin

Länder(gruppen)	1950 ohne Saar			1960 ohne Saar			1960 mit Saar			1970 mit Saar		
	Einw	BIP	Diff	Einw	BIP	Diff	Einw	BIP	Diff	Einw	BIP	Diff
Nord	24,35	23,3	-1,05	21,85	22,4	+0,55	21,4	22,0	+0,6	20,55	20,75	+0,2
NRW	27,55	32,5	+4,95	30,05	32,9	+2,85	29,5	32,3	+2,8	28,65	28,85	+0,2
Mitte	15,25	14,0	-1,25	15,55	14,0	-1,55	17,2	15,6	-1,6	17,25	16,8	-0,45
Baden-Württ.	13,4	13,6	+0,2	14,55	14,9	+0,35	14,25	14,6	+0,35	15,35	16,2	+0,85
Bayern	19,45	16,6	-2,85	18,0	15,8	-2,2	17,65	15,5	-2,15	18,2	17,4	-0,8
	100	100	+5,15	100	100	±3,75	100	100	±3,75	100	100	±1,25

5. Unter den Ursachen für den Rückgang des Gefälles zwischen Reichen und Armen spielt auf der einen Seite im Land Nordrhein-Westfalen in erster Linie der Bedeutungsschwund der Kohle eine Rolle und auf der anderen Seite der Aufstieg der Fahrzeug- und Elektro-Industrie, ganz allgemein der wenig transportintensiven Veredelung. Ein solcher Aufstieg kommt vor allem dem Süden zugute, und zwar in einem Ausmaß, das die Einbußen in dem früher dort stark vertretenen Textilsektor bei weitem überkompensiert. Eine Erleichterung für den Süden, dessen Erwerbsspielraum mit dem Wandel und Umbau der Agrarstruktur angesichts des Vorherrschens von in Zukunft nicht lebensfähigen Betriebsgrößen stark eingeengt wird, ist ganz allgemein, daß sich dort ungeachtet der ehemaligen Erschwernisse bereits in den jungen Industriegruppen die "branchenführenden" Firmen etabliert und entwickelt haben.

- (9) 1. Unter den Faktoren, durch die die Unterschiede in der Wirtschaftskraft bestimmt werden, spielt der Altersaufbau eine kaum zu vernachlässigende Rolle. Je mehr Personen im erwerbsfähigen Alter stehen (üblicherweise mit 15-65 gekennzeichnet, besser jetzt, wegen der Länge der Ausbildung, mit 21-65 oder sogar 25-65), desto höher muß, unter sonst gleichen Annahmen, das Sozialprodukt sein (BIP/Wob). Daher sei hier der Altersaufbau für die Jahre 1950 - noch während des Normalisierungsprozesses - und 1975 - Gegenwart mit hohem Entwicklungsstand - aufgezeigt.

Tabelle 10: Erwerbsfähigenquote: 1950 und 1975 - Bund (ohne Berlin/mit Saar)
Von 100 Personen sind 15 - 65 Jahre alt:

Länder(gruppen)	1950	Bund = 100	1975	Bund = 100
Nord	66,0	98,3	62,85	97,7
NRW	68,6	102,2	65,1	101,2
Mitte	67,5	100,5	65,65	102,1
Baden-Württ.	66,7	99,3	65,6	102,0
Bayern	66,8	99,5	65,4	101,7
Bund	67,15 = 100		64,3 = 100	

Summe der Abweichungen zwischen Maximum und Minimum (Disparitätenindex) 3,9 4,4 Prozentpunkte

Der Disparitätenindex ist in der Gegenwart zwar nicht alarmierend groß, spielt aber doch im finanziellen Bereich eine Rolle: Zu entnehmen ist, daß der Norden benachteiligt, das Land Baden-Württemberg begünstigt ist, was beim Letzteren leicht erklärbar ist aus dem hohen Besatz mit in der Mehrzahl noch immer familienlosen Gastarbeitern.

2. Vom Standpunkt der öffentlichen Finanzen einschließlich der Sozialleistungen ist der Anteil der Alten wichtiger als der Anteil der Kinder, denn für die ersteren tut man - ungeachtet mancher verbliebener Härten - sehr viel (Rentnerparadies Bundesrepublik!), für die letzteren wenig, was mit zu der Kinderarmut beitragen mag - die Rentner haben Stimmrecht, die Kinder nicht! Regional wesentlich ist, daß mit dem Rentnerbesatz (Rentner je 100 Einwohner) Sozialtransfers verbunden sind. Davon profitieren - zu Recht - die Länder, die mit Alten stärker besetzt sind, und das gilt wieder für den Norden. In diesen Bundesteil fließen beachtliche Finanztransfers, weil die Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen, zum Teil wegen der Auskernung der zentralen Großstädte - hier Hamburg und Bremen - ein unterdurchschnittliches Steueraufkommen haben, das im Finanzausgleich mit der Abweichung vom Bundesdurchschnitt progressiv honoriert wird. Auf diese Weise werden die Erschwernisse, die die beiden Länder noch aufgrund des hohen Besatzes mit alten Vertriebenen haben, etwas gemildert. Bei der Umsiedlungsaktion um 1950 haben sich die jetzt finanzstarken Länder die jüngeren Fachkräfte herausgepickt und die alten, damals "Sozialgepäck" genannt, zurückgelassen. Nutznießer der Umsiedlungsaktion waren insoweit die beiden jetzigen Länder Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg.
3. Die "Altenquote" im Sinn der über 65 Jahre alten Personen an der Gesamtbevölkerung liegt im Norden, als Folge des Zurückbleibens des Sozialgepäcks bei der Umsiedlungsaktion, sehr hoch; und hat sich in der Gegenwart sogar gegenüber 1950, wo die die Aktiven bevorzugende Umsiedlungsaktion noch nicht abgeschlossen war, im Jahr 1975 erhöht.

Tabelle 11 : Altenquote

Länder(gruppen)	1950	1975	Bund = 100	
			1950	1975
Nord	9,55	15,63	103,3	109,3
NRW	8,82	13,78	95,4	96,4
Mitte (mit Saar)	9,47	14,57	102,5	101,9
Baden-Württemberg	9,42	13,20	101,95	92,3
Bayern	9,12	14,29	98,7	99,9
Bund	9,24	14,30	100	100
Summe der Abweichungen zwischen Maximum und Minimum (Disparitätenindex)			7,9 (=103,3-95,4)	17,0 (=109,3-92,3)

Im Gegensatz zu der Entwicklung beim Sozialprodukt, wo wir von einer Egalisierungstendenz sprachen, scheinen sich beim Altersaufbau die Disparitäten noch zu verschärfen; der Unterschied betrug 1950 7,9 Prozentpunkte, mit dem Maximum im Norden, 103,3 des Bundesdurchschnitts = 100, dem Minimum 95,4 in Nordrhein-Westfalen. Im Jahr 1975 beträgt der Unterschied zwischen Maximum und Minimum 17 Prozentpunkte, mit dem Maximum wiederum im Norden in Höhe von 109,3, bei einem Bundesdurchschnitt von 100, das Minimum beträgt 92,3 in Baden-Württemberg (109,3-92,3 = 17).

4. Bei der Kinderquote, deren ausführlichere Darstellung wir uns hier ersparen können, sind die Unterschiede wesentlich geringer. Der "Disparitätenindex" beträgt 1950 nur 8,1 Prozentpunkte, mit Baden-Württemberg an der Spitze und mit 3,85 Prozentpunkten über dem Bundesdurchschnitt, und der Mitte, d.h. Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland, mit 2,7 Prozentpunkten unter dem Bundesdurchschnitt (= 100), der 1975 einen Anteil der Kinder unter 15 Jahre an der Gesamtbevölkerung von 21,4% aufweist. Im Jahr 1950 hat die "Kinderquote" noch 23,6% betragen. In den achtziger Jahren wird die Kinderquote rapide zurückgehen, wahrscheinlich ohne große Unterschiede zwischen den Ländern, abgesehen von dem mit Ausländerkindern am meisten gesegneten Land Baden-Württemberg. Gibt man diesen in der Ausbildung und Berufswahl "Chancengleichheit", so wird man in der nächsten Generation wieder eine neue Ausländerwelle hereinholen müssen, weil die Erstkommenen ebenso wie die Einheimischen - warum auch nicht? - von den Gelegenheiten zum Aufstieg in die gehobenen Berufe Gebrauch machen wollen.

5. Noch deutlicher als über den Anteil der 15 - 65 Jahre alten Personen kommt die demographische Struktur unter dem Gesichtspunkt des Erwerbslebens zum Ausdruck bei dem Anteil, den die Männer im Alter von 21 bis 45 Jahre an der Gesamtbevölkerung haben. Hier werden 3 Zeitpunkte angeführt: 1950, 1961 und 1975. Bei dieser Altersgruppe sind die Unterschiede sowohl räumlich als auch zeitlich größer als bei der Gesamtheit der Personen im erwerbsfähigen Alter. Aufgeführt sind, der Kürze halber, nur die Abweichungen vom Bundesdurchschnitt. Wir bezeichnen die Gruppe als "Männer im voll-leistungsfähigen Alter" - später werden die Männer leicht "anbrüchig", ein Ausdruck, den ich in der "Betriebspsychologie" während des Studiums schon vor ca. 55 Jahren gehört habe. Noch heute (siehe FAZ vom 22.3.79, unter Leserschriften eines stellungslosen Top-Managers von 52 Jahren) kommt das Odium der "Anbrüchigkeit" in den Schwierigkeiten zum Ausdruck, auf die die Vermittlung älterer Arbeitskräfte selbst in den Zeiten des höchsten Kräftemangels gestoßen ist.

Tabelle 12: Anteil der voll-leistungsfähigen Männer (21 - 45 Jahre alt) an der Gesamtbevölkerung und großräumige Abweichungen vom Bundesdurchschnitt (Bund ohne Berlin, mit Saar)

Länder(gruppen)	Anteile			1950	1961	1975
	1950	1961	1975			
Nord	14,8	15,0	16,9			
NRW	15,9	16,4	17,2			
Mitte	15,3	15,75	17,1			
Baden-Württemberg	15,05	16,45	17,8			
Bayern	15,05	15,25	17,3			
Bund	15,25	15,79	17,23			

Länder(gruppen)	Bund = 100			1950	1961	1975
	100	100	100			
				Abweichungen von Bundesdurchschnitt in Prozentpunkten		
Nord	97	95	98,1	-3,0	-5,0	-1,9
NRW	104,2	103,9	99,8	+4,2	+3,4	-0,2
Mitte	100,3	99,7	99,1	+0,3	-0,25	-0,9
Baden-Württemberg	98,6	104,1	103,1	-1,4	+4,1	+3,1
Bayern	98,7	96,6	100,5	-1,3	-3,35	+0,5

Aus den Abweichungen ersieht man am deutlichsten die Effekte, die sich aus der Wanderungsbewegung der letzten 25 Jahre ergeben: Im Norden anfangs die Überlastung mit Sozialgepäck, die sich noch mit der Umsiedlung der Männer nach den damals erwerbsgünstigen Gebieten steigert; das Gegenstück bildet Nordrhein-Westfalen, bis auch da mit der Schrumpfung des Montansektors eine Rückentwicklung zur Normalquote einsetzt. Bei Baden-Württemberg verhält es sich anfangs umgekehrt, bis dann, so ab Ende der fünfziger Jahre, ein rascher Ausbau der Verarbeitungsindustrie einsetzt, im Jahr 1961 mit einer hochgradig überdurchschnittlichen Männerquote (+4,1). Sie schwächt sich bis 1975, wo mit der (bescheidenen) Rezession ein leichter Abzug der Gastarbeiter eintritt. Der Aufstieg Bayerns zeigt sich vor allem mit dem Abbau der Minusziffer im Jahr 1961 in Höhe von 3,35 bis zu einer leichten Überschreitung des Bundesdurchschnitts im Jahr 1975. In der Mitte der Bundesrepublik sind die Ausschläge am geringsten - entgegengesetzte Tendenzen in Hessen gegenüber Rheinland-Pfalz - Saarland heben sich weitgehend auf.

- (10) 1. Wie es um die Lage am Arbeitsmarkt steht, läßt sich ersehen einmal aus der Arbeitslosenquote, d.h. der Zahl der Arbeitslosen im Verhältnis zu der Gesamtzahl der Arbeitnehmer (und im weiteren Sinn auch zu der Gesamtzahl der Erwerbspersonen, also einschließlich der Selbständigen etc., oder noch weiter zur Gesamtbevölkerung), zum zweiten aus der Zahl der Gastarbeiter und der Relation zu der Gesamtzahl der Arbeitnehmer bzw. der Erwerbspersonen oder der Bevölkerung (siehe Tabelle 13).
2. Bei den Arbeitslosenziffern zeigt sich, daß der Norden ständig am schlechtesten steht; anfangs gefolgt von Bayern, dessen allgemeiner Aufstieg jedoch von den sechziger Jahren ab deutlich in Erscheinung tritt. Baden-Württemberg erweist sich über alle Zeiten als "krisenfest" (besser gesagt: mehr Glück als krisenfeste Struktur! - oder Verstand, sicherlich aber Fleiß und Zähigkeit, Erfindungsgabe), wobei allerdings der Vorsprung abzunehmen beginnt. Dies ist insoweit verständlich, als bei einem so hohen Industriebesatz sich auch die Schwankungen auswirken; sie werden allerdings so weit wie möglich

durch Abschiebung der Gastarbeiter zu bewältigen versucht. In Nordrhein-Westfalen macht sich 1950 der Mangel an Eingesessenen, die noch nicht aus der Evakuierung zurückgekehrt sind, bemerkbar. Die anfangs extrem günstige Arbeitsmarktlage verschlechtert sich mit der Krise im Montansektor. Von da ab beginnt sich allgemein ein Gefälle zwischen Norden und Süden abzuzeichnen.

Tabelle 13: Daten zum Arbeitsmarkt

Länder (gruppen)	Arbeitslose je 100 Erwerbspersonen BR ohne Berlin					Gastarbeiter je 100 Arbeitnehmer		
	September							
	1950	1958	1962	1973	1977	1968	1974	1977
	o. Saar		mit Saar					
Nord	15,7	2,5	0,61	1,22	5,26	5,4	11,3	11,0
NRW	3,7	1,3	0,46	1,19	5,11	9,2	19,2	20,0
Mitte	6,2	1,5	0,34	0,93	4,57	9,2	17,0	17,9
BW	4,5	0,6	0,07	0,46	2,87	14,6	25,0	23,4
Bayern	14,5	2,4	0,59	0,87	4,56	10,9	17,6	15,8
Bund	10,4	1,7	0,42	0,96	4,59	9,4	17,9	17,4
=	100	100	100	100	100	100	100	100
Nord	51	150	144	127	115	57	57	63
NRW	35	78	109	124	111	98	107	115
Mitte	60	88	80	97	100	98	95	97
BW	43	37	16	46	31	155	140	134
Bayern	139	143	139	84	99	116	98	91
	Arbeitslose insgesamt (in 1000)					Ausländer insgesamt (in 1000)		
Bund	1277	393	83	212	880	1878	3966	3770

3. Bei den Gastarbeitern ist die Bewegung in Nordrhein-Westfalen etwas entgegengesetzt zum Gesamtrend in der Bundesrepublik; ihre Zahl nimmt zu, u.a. weil die Einheimischen nicht mehr zur Arbeit im Bergbau bereit sind. Baden-Württemberg steht ständig an der Spitze, der Norden am Schluß und die "Mitte" in der Mitte.

4. Umfassender als bei den Gastarbeitern lassen sich die Veränderungen bei der Gesamtheit der Erwerbstätigen, also von Einheimischen und Gastarbeitern, darstellen.

Die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt verändert sich zwischen den beiden Zeitpunkten 1958 und 1977 nur geringfügig.

Tabelle 14: Erwerbstätige in 1000

Länder(gruppen)	1958	1977	1977/58
Nord	5058	5059	100,0
NRW	6995	8755	96,4
Mitte	4152	4236	102,0
Baden-Württemberg	3833	4058	105,9
Bayern	4728	4952	104,7
Bund	24776	25049	101,1

Der Süden nimmt zu, Nordrhein-Westfalen geht zurück. Daraus ergeben sich die wesentlichen Verschiebungen in den Anteilen

Tabelle 15: Anteil der Länder(gruppen) an der Gesamtheit des Bundes (ohne Berlin)

Länder(gruppen)	Erwerbstätige insgesamt		Diff.	in % v. 1958
	1958	1977		
Nord	20,45	20,2	-0,25	-1,22
NRW	28,2	26,9	-1,30	-4,61
Mitte	16,75	16,9	+0,15	+0,09
Baden-Württemberg	15,5	16,2	+0,7	+4,52
Bayern	19,1	19,8	+0,7	+3,67
Bund	100	100	+1,55	

Im Vordergrund steht das Produzierende Gewerbe:

Länder(gruppen)	Erwerbstätige im Produzierenden Gew.		Diff.	in % v. 1958
	1958	1977		
Nord	17,1	16,75	-0,35	-2,05
NRW	33,6	29,5	-4,1	-12,22
Mitte	15,9	16,65	+0,75	+4,72
Baden-Württemberg	16,7	18,1	+1,4	+8,34
Bayern	16,7	19,0	+2,3	+13,8
Bund	100	100	+4,45	

Man ersieht: Bei der Gesamtheit der Erwerbstätigen sind die Verschiebungen mit 1,55 Prozentpunkten wesentlich geringer als im Produzierenden Gewerbe allein, hier mit 4,45 Prozentpunkten. Eindeutiger Gewinner ist hier Bayern und der entsprechende Verlierer Nordrhein-Westfalen.

- (11) 1. Noch deutlicher ersichtlich als beim Produzierenden Gewerbe, das auch das vorwiegend nahbedarfstätige Handwerk sowie das - mobile - Baugewerbe mit einbezieht, werden die Verschiebungen in den regionalen Gewichten, wenn man die Industrie allein zugrundelegt. Hier wird eine Zeitreihe aufgeführt, die von 1958 bis 1977 geht und dabei erkennen läßt, daß es sich bei den Gewichtsverlagerungen um einen ziemlich kontinuierlichen Prozeß handelt; es ist die viel erörterte Nord-Süd-Wanderung. Dieser Prozeß ist in seinen Bestimmungsgründen und Prioritäten, sowie in dem sozialen Status der Wandernden, ganz andersartig als die frühere Ost-West-Wanderung; in der Konstanz der Richtung ist ihr immerhin eine gewisse Ähnlichkeit zuzubilligen.

Tabelle 16: Arbeitskräfte in der Industrie (meist beschränkt auf Betriebe mit über 10 Ak / 1977 mit über 20 Ak)

	Bund ohne Saar und Berlin in Mio	Davon entfallen, in % des Bundes, auf die 5 Länder				
		Nord	NRW	Mitte (ohne Saar!)	BW	Bayern
1958	7,294	15,6	38,9	12,9	18,0	14,6
1962	7,873	15,8	36,3	13,4	18,5	16,0
1966	7,927	15,8	34,8	13,9	18,9	16,6
1970	8,233	16,0	33,0	14,3	19,7	17,0
1974	7,729	15,9	32,4	14,3	19,9	20,0
1977	6,933	15,7	31,9	14,3	20,0	18,1

(leichte Änderung der Systematik)

Die Zahlen für 1977 sind für den zeitlichen Vergleich nur beschränkt geeignet, weil hier nur die Betriebe über 20 Ak (exakt und umständlich ausgedrückt, mit 20 Ak und mehr) einbezogen sind.

2. Es wiederholt sich bei der Industrie etwas verstärkt dasselbe Bild wie bei den Einwohnern und Erwerbstätigen. Süddeutschland ist der Gewinner und dabei in erster Linie Bayern. Baden-Württemberg war schon 1958 mit Industrie so stark besetzt gewesen, daß hier kaum mehr Spielraum für Zugewinne bestand. Das Vorangehen Bayerns ist erklärbar u.a. auch aus der Tatsache, daß hier noch weit mehr als in dem kleingekammerten Baden-Württemberg Raum gegeben ist für die Ansiedlung von Betrieben und Menschen! Bayern liegt unter den fünf Ländern(gruppen) mit der Volksdichte erheblich unter dem Bundesdurchschnitt.

3. Umgekehrt ist das Land Nordrhein-Westfalen dasjenige, das im Zuge des Strukturwandels die größten Einbußen erleidet, und zwar nicht nur im Montansektor (Kohle und Stahl), sondern auch in der Verarbeitungsindustrie. Hier können solche Einbußen, so schmerzlich sie für die unmittelbar betroffenen Arbeitskräfte und Gemeinden sein mögen, am ehesten verkraftet werden. Denn das Verhältnis zwischen Einwohnerzahl und Tragfähigkeit ist noch immer recht günstig; das ersieht man auch an den hohen Kopffizern beim Sozialprodukt und bei der Steuerkraft.

Erleichtert werden die Einbußen im industriellen Sektor für das Land Nordrhein-Westfalen dadurch, daß hier der Sitz der Bundeshauptstadt liegt, und die damit verbundene Attraktivität für Folgeeinrichtungen wie Verbände, Großeinkaufsmöglichkeiten, Presse noch gar nicht voll ausgeschöpft ist - Der Prozeß ist allerdings im Gange: Die Rheinschiene mit Düsseldorf - Köln holt zunehmend solche Einrichtungen herein, was u.a. auf Kosten von Hamburg, aber auch des Rhein-Main-Gebietes geht.

4. Der geringe Industriebesatz im Norden mag damit in Zusammenhang stehen, daß hier, vor dem Hereinströmen der Vertriebenen, das Verhältnis zwischen Einwohnerzahl und Tragfähigkeit, in der Vorkriegszeit recht günstig gewesen ist und im besonderen in weiten Teilen in der Agrarstruktur größere und große Bauern vorherrschen. Diese sehen in der Industrie eine unliebsame Konkurrenz um die immer knapper werdenden Arbeitskräfte. Früher waren die Nachwuchskräfte der "kleinen Leute" durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen, sich bei den Bauern als Gesinde, als Knechte und Mägde, zu verdingen und mußten meist unverheiratet bleiben. Fanden sie dagegen in der Industrie einen Arbeitsplatz, so konnten sie nach Belieben eine Familie gründen. Der Verfasser hat noch mit einem Kollegen in Erinnerung, wie er (1956) aus Anlaß eines Vortrags über die Industrialisierung ländlicher Gebiete von Großbauern aus dem nördlichen Niedersachsen briefliche Anpöbelungen hinnehmen mußte.

Eine solche Abwehrhaltung war allerdings nicht auf Norddeutschland beschränkt; auch in weiten Teilen Bayerns konnte man sie antreffen. So pflegte, wie mir noch in Erinnerung ist, eine alte Bauersfrau jedesmal, wenn sie auf die Arbeiter einer neu angesiedelten Fabrik zu sprechen kam, das

schmückende Beiwort (Epotheton ornans) zu gebrauchen "Die Fabrikler, dees Pack".

Ganz anders ist das Verhältnis zur Industrie bei den Kleinbauern. Man sieht in der Fabrik eine Gelegenheit, zusätzlich Bargeld in die Familie zu bringen und für die heiratsfähigen Mädchen Geld für die Aussteuer zu sparen. Insoweit ist die Agrarstruktur ein Standortfaktor, der bei der Industrie kaum unterschätzt werden kann. Allerdings haben längst nicht alle kleinbäuerlichen Gebiete, so wie im Südwesten, das Glück gehabt, daß sich dort Industriebetriebe ansetzen. Sie sind industriearm geblieben und damit überhaupt materiell arm. Wo Ungunst der Natur hinzutritt, handelt es sich um die geborenen - juristisch ausgedrückt, um die "präsumptiven" - Notstandsgebiete, wie Eifel, Hunsrück, Rhön, und mit Teilen der Bayerische Wald; im letzteren liegt die Ursache des Notstands u.a. auch in der transportkostenbedingten Schrumpfung der früher führenden Glasverarbeitung.

- (12) 1. Mit der damaligen Expansion der Industrie ergibt sich regionalpolitisch eine einmalig günstige Konstellation, weil unter allen Sektoren (mit Ausnahme einiger spezieller Einrichtungen von Bund und Ländern) nur die fernabsatzfähige Verarbeitungstätigkeit in der Wahl des Standorts von natürlichen und transportlichen Gegebenheiten wenig abhängig ist und daher auch für staatliche Anreize empfänglich sein kann. In den fünfziger Jahren - und es gilt abgeschwächt auch für die sechziger Jahre - sind die Chancen, Industriebetriebe in dem in seinen Existenzgrundlagen durch den Bedeutungsschwund der Landwirtschaft eingeengten ländlichen Raum anzusetzen und weiter zu entwickeln, einmalig günstig gewesen. Die Zahl der Arbeitskräfte hat sich in rund 10 Jahren von 5 auf 7 Millionen erhöht, m.a.W. es sind 2 Millionen an neuen Arbeitsplätzen geschaffen worden.
2. Allerdings standen der Ausschöpfung derartiger Chancen damals schwerwiegende Hindernisse entgegen, sachlicher und "weltanschaulicher" Art: Die Industrie sah in den damals im Wiederaufbau befindlichen Großstädten und noch mehr in ihrer Umgebung die günstigsten Ansatzpunkte, was aus

der Vielseitigkeit der Infrastruktur und des Angebots an Arbeitskräften durchaus erklärbar ist. Weltanschaulich waren staatliche Maßnahmen in der Zeit des Siegeszugs des Neoliberalismus verpönt, und entsprechende Anregungen wurden als Relikte aus der Gedankenwelt des Dritten Reichs gebrandmarkt. "Raumordner wittern Morgenluft", so hieß die Überschrift eines Artikels in einem renommierten Blatt aus ebenso renommierter Feder im Jahr 1953, mit der Tendenz, die standortsuchende Wirtschaft vor dem Wiederaufleben von regionalpolitischem Dirigismus zu warnen.

3. Auf der anderen Seite hatten sich, infolge der Sperre der Grenzen zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik, die Standortbedingungen am "Zonenrand" so verschlechtert, daß ein völlig freier Wirtschaftsliberalismus geradezu als ein Verrat an der Sache des Westens hätte angesehen werden können.

Einer derartigen Konstellation dürfte es vornehmlich zu verdanken gewesen sein, daß die regionale Wirtschaftsförderung in der Form von finanziellen Hilfen bei der Neuansiedlung oder Erweiterung von Betrieben am Zonenrand, auch von den zuständigen Wirtschaftsministerien von Bund und Ländern, nachhaltig und mit Engagement betrieben worden ist.

4. Bayern hatte in der Durchführung der Maßnahmen etwas mehr Erfolge als die norddeutschen Länder. Der Hauptgrund dafür hat weniger in den Institutionen gelegen - denn auch dabei waren die Norddeutschen sehr aktiv - als in den sektoralen Verhältnissen. Die Ansatzpunkte für die expansiven Branchen der Industrie waren, wie bereits erwähnt, in Süddeutschland mehr verbreitet als im Norden; es handelt sich hauptsächlich um die hochwertige Verarbeitung im Metallsektor, so etwa in der Elektrotechnik und im Fahrzeugbau nebst Zulieferbetrieben, alles mit geringer Transportkostempfindlichkeit. Der Süden weist hierfür "komparative Vorteile" auf gegenüber der im Bezug von "Roh- und Grundstoffen" günstiger liegenden Nordhälfte (= Nordrhein-Westfalen und die norddeutschen Küstenländer).

- (13) Die Verschiebungen, die sich regional bei den Erwerbstätigen und insonderheit bei der Industrie zwischen Vorkriegszeit und Nachkriegszeit ergeben haben, lassen es gerechtfertigt erscheinen, auch noch einen Blick zu werfen auf die sektorale Gliederung.

1. Tabelle 17 a): Grabsektorale Gliederung der Bundesrepublik (ohne Berlin)

Von 100 Arbeitskräften gehören zu	1950 (Zählungswerk)	1961	1970 (Mikrozensus)	1977
Agrarsektor	22,1	13,4	8,9	6,0
Produzierendes Gewerbe darunter Industrie	44,7 (24,0)	48,1 (31,2)	48,6 (31,5)	44,8 (27,3)
Handel u. Verkehr	15,9	17,2	17,2	20,4
Dienste i.e.S.	17,2	21,3	25,3	28,8
Total	100	100	100	100

2. Wie sich die Struktur in den einzelnen Ländern(gruppen) verändert, soll ein Vergleich der Mikrozensi 1958 und 1977, unter Auswertung der Arbeitsamtsstatistiken, zeigen, ausgedrückt in den Anteilen der Sektoren an der Gesamtzahl der Arbeitskräfte und in den Differenzen zwischen 1958 und 1977:

Tabelle 17 b)

Land	Agrarsektor			Produz. Gewerbe			Tertiärsektor Handel, Verkehr + Dienste		
	1958	1977	Diff	1958	1977	Diff	1958	1977	Diff
Nord	16,5	6,3	-10,2	40,4	38,4	-2,0	43,1	55,3	+12,8
NRW	7,5	2,8	-4,7	57,3	50,9	-6,4	35,2	46,3	+11,1
Mitte	17,8	5,7	-12,1	45,6	45,8	+0,2	36,6	48,5	+11,9
BW	17,7	6,5	-11,2	51,8	51,9	+0,1	30,5	41,6	+11,1
Bayern	25,1	10,6	-14,5	42,0	44,6	+2,6	32,9	44,8	+11,9
BR(o.Berlin)	16,0	6,1	-9,9	48,1	46,4	-1,7	35,9	47,5	+11,6

3. Welche Bedeutung einem Land innerhalb der einzelnen Sektoren zukommt, ersieht man wiederum an den Anteilen, die von der Gesamtheit eines Sektors im Bund auf ein Land ... entfallen:

Tabelle 17 c)

Land	Agrarsektor			Produz. Gewerbe			Tertiärer Sektor		
	1958	1977	Diff.	1958	1977	Diff.	1958	1977	Diff.
Nord	21,1	20,5	-0,6	17,1	16,7	-0,4	24,5	23,5	-1,0
NRW	13,2	12,2	-1,0	33,6	29,5	-4,1	27,7	26,3	-1,4
Mitte	18,7	15,9	-2,8	15,9	16,7	+0,8	17,1	17,3	+0,2
BW	17,1	17,2	+0,1	16,7	18,1	+1,4	13,2	14,2	+1,0
Bayern	29,9	34,2	+4,3	16,7	19,0	+2,3	17,5	18,7	+1,2
BR o. Berlin	100	100	±4,4	100	100	±4,5	100	100	±2,4

Man ersieht: In allen Sektoren verschiebt sich die Bedeutung der einzelnen Länder. Die Verschiebungen sind bei den Sektoren größer als bei der Gesamtheit der Erwerbstätigen, wo sich die Zuwächse und Abnahmen bei den einzelnen Sektoren gegenseitig zum Teil aufheben! Bei der Gesamtheit der Erwerbstätigen sind die beiden süddeutschen Länder die Gewinner; im Produzierenden Gewerbe allein ist Bayern der eindeutige Gewinner.

- (14) Nun zu den 3 Sektoren im einzelnen, soweit auf sie nicht bereits in anderem Zusammenhang vorher eingegangen worden ist.

1. Ins Auge sticht während des hier aufgeführten ersten Zeitabschnitts, von 1950 bis 1961, der starke Rückgang des Anteils des Agrarsektors. Es ist die Zeit, in der, unter dem damaligen Agrarminister Heinrich Lübke, die Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur eingeleitet wurden. Die Agrarquote geht zurück von 22,1% im Jahr 1950 auf 13,4% im Jahr 1961. Ein günstiger Umstand ist, daß während dieser Zeit der Anteil und noch mehr die Zahl der industriellen Arbeitsplätze stark angestiegen sind. Während der Agrarsektor (22,1 - 13,4 =) 8,7 Prozentpunkte verliert, gewinnt die Industrie (31,2 - 24 =) 7,2 Prozentpunkte.

2. Auffallen mag, daß Bayern mit seinem Anteil am Bundesganzen beim Agrarsektor so stark zunimmt, von 29,9% auf 34,2%. Ein gutes Drittel aller agrarischen Arbeitskräfte des Bundes entfällt auf Bayern, bei weniger als einem Fünftel bei der Bevölkerung. Das Ausmaß einer solchen Abweichung rührt wohl davon her, daß in Bayern der Schrumpfungprozeß in der Landwirtschaft später einsetzt. In weiten Teilen gibt es für die überschüssigen Familienarbeitskräfte keine Ausweichmöglichkeiten, so vor allem im östlichen Teil, aber auch in Westfranken.

(15) INDUSTRIE

a. Globale Betrachtung

1. Räumliche Verteilung und sektorale Struktur der Industrie sind in den Grundzügen bereits in den Zeiten vor dem Zweiten Krieg festgelegt. Daher seien hier zum Vergleich einige Daten für 1939 - Betriebszählung im Mai, also 4 Monate vor Kriegsbeginn - angeführt.

Zugrundegelegt werden, neben den Anteilswerten, auch die Besatzziffern im Sinn der Zahl der in der Industrie tätigen Arbeitskräfte, bezogen auf 100 Einwohner.

Tabelle 18: Arbeitskräfte in der Industrie je 100 Einwohner (Besatzziffern)

Länder (gruppen)	Besatzziffern					
	1977	"absolut"		"relativ"		
		1958	1939	1977	1958	1939
1. Nord	8.8	10.2	11.5	74	71	78
2. NRW	13.0	18.5	18.0	110	129	122
3. Mitte o. Saar	10.8	11.8	13.5	91	83	91
2. NRW + +3. Mitte	(12.2)	(16.2)	(16.7)	(103)	(113)	(113)
4. BW	15.2	17.9	16.9	128	125	114
5. Bayern	11.6	11.5	11.4	98	81	77
Bund ohne Saar und Berlin = Westdeutsch- land	11.85	14.3	14.8	100	100	100

Wegen der Überschneidungen, die sich aus Änderungen der Verwaltungsgrenzen ergeben, erscheint es korrekt, das Gebiet 2: Nordrhein-Westfalen mit dem Gebiet 3: Mitte = Hessen und Pfalz, zusammenzusehen. Infolge des geringen Industrialisierungsgrads der Überschneidungsgebiete (Bezirke Koblenz und Trier) sind die Abweichungen zwischen Vorkriegszeit und Nachkriegszeit für eine überschlägige Deutung der Verhältnisse allerdings hinnehmbar.

2. Im Bundesdurchschnitt hat sich im Industriebesatz zwischen 1939 und 1958 kaum etwas geändert; die Ziffern sind mit 14,8 und 14,3 nahezu gleich. Zwischen den einzelnen Ländern(gruppen) sind jedoch beachtliche Verschiebungen eingetreten.

Was auffällt, sind die Veränderungen zwischen 1958 und 1977, mit einem Rückgang von 14,3 auf 11,85; das ist eine Einbuße von rund einem Sechstel. In der Vorkriegszeit hätte ein derartiger Rückgang zu größten Besorgnissen Anlaß gegeben, unterschreitet er doch denjenigen während der Weltwirtschaftskrise, hier im Verhältnis 1932 zu 1928, zur Hälfte, damals ein Rückgang um etwa ein Drittel, jetzt um ein Sechstel. Gegenüber der Vorkriegszeit ist der Rückgang der Nachkriegszeit in der Hauptsache zurückzuführen auf eine Steigerung der Produktivität je Arbeitskraft, was - auch bei stark angestiegenem Produktionsvolumen - Arbeitskräfte entbehrlich macht - insofern ist der Rückgang als ein Indiz des Wohlstands und nicht eines Notstands zu werten. Ähnlich wie beim Agrarsektor wird auch in der Industrie mit einer Steigerung der Arbeitsproduktivität eine Hebung des Lebensstandards dadurch ermöglicht, daß die freigesetzten Arbeitskräfte solchen Wirtschaftszweigen zugeführt werden, die einer allgemeinen Hebung des Lebensstandards und einer Erweiterung des Freizeitangebots dienen. Wesentliche Voraussetzung für die Umschichtung ist das Vorliegen einer virulenten Nachfrage im Tertiärssektor. Das ist bisher, strenger genommen bis 1973, der Fall gewesen; eingeschränkt gilt dies, wenn man die eine Million Arbeitslosen von 1977 in Beziehung setzt zu den 6 Millionen von 1932, auch jetzt noch.

3. Was die Relationen zum und die Anteile der Länder(gruppen) am Bundesganzen betrifft, fällt der rasante Aufstieg von Bayern zwischen 1958 und 1977 auf; die Besatzziffer hebt sich von 81 auf 98 des Bundesdurchschnitts; der Anteil erweitert sich in der Hauptsache auf Kosten von Nordrhein-Westfalen. Erklärbar wiederum sind die Verschiebungen, die sich insbesondere zwischen Nordrhein-Westfalen und Bayern bemerkbar machen, aus den unterschiedlichen Tendenzen in den regional jeweils vorherrschenden Teilssektoren: Rückgang des Montansektors, Aufstieg des Elektrosektors und des Automobilbaus.

Im Gegensatz zu den krassen Verschiebungen in den Anteilen der beiden genannten Länder bleiben die Anteile im Mittelstück der Bundesrepublik annähernd gleich; positive und negative Faktoren heben sich gegenseitig auf. Baden-Württemberg setzt seinen Aufstieg fort, wenn auch in abgeschwächtem Grade, von 125 auf 128 von 1958 bis 1977.

b. Feingliederung

1. Angesichts der unterschiedlichen Anforderungen, die an den Standort vorseiten der einzelnen Branchen gestellt werden, müßte es als ein grobes Verdämnis angesehen werden, wenn in einer Untersuchung wie der hier vorgelegten nicht auch auf die Feingliederung der Industrie eingegangen werden würde. Die Mühen, die dabei mit der Beschaffung und Auswertung der Zahlen verbunden sind, müssen in Kauf genommen werden. So werden hier, um die Wandlungen zu zeigen, die Zahlen der Arbeitskräfte, bezogen auf 1000 Einwohner, für die wichtigsten Gruppen in den Jahren 1939, 1950, 1961, 1970 und 1977 aufgeführt.

Tabelle 19: Arbeitskräfte im Produzierenden Gewerbe je 1000 Einwohner - Bundesgebiet ohne Berlin (einschl. Saarland)

	1939 ¹⁾	1950 ¹⁾	1961 ¹⁾	1970 ¹⁾	1977 ²⁾
Bergbau	13,1	13,0	10,6	4,9	4,0
Steine, Ker.	8,9	8,6	10,7	8,2	5,3
Chemie, Kunstst	9,1	8,8	14,3	16,3	14,7
Metallerzg.	17,5	13,8	18,0	15,5	11,2
Maschinenbau incl. Auto	27,0	22,7	39,4	43,5	31,7
ESBM u. d.	12,9	9,6	13,4	13,0	9,4
Elektrotechn.	4,8	5,8	14,4	15,9	14,8
Holz...	11,7	12,5	11,2	8,9	4,3
Druck, Papier	6,6	5,8	8,4	8,7	5,5
Leder, Textil., Bekleidung	32,0	31,5	28,2	20,4	11,1
Nahrungsm...	22,7	18,9	19,0	16,0	7,1
Industrie + Handwerk	166	151	188	171	119
Einw. (Mio)	40,2	48,2	54,0	58,9	59,4

2. Von Interesse ist nun, wie sich die einzelnen Gruppen (Branchen) auf die Länder(gruppen) aufteilen. Dafür liegen Berechnungen vor, für die 1958 und 1976 - diese decken sich nicht ganz mit den oben angeführten Terminen; die großen Linien in der Verteilung und auch in der Entwicklung lassen sich dessen ungeachtet erkennen.

Tabelle 20:

Von 500 Arbeitskräften im Bund (= 100) entfallen auf:

	Nord		NRW		Mitte		BW		Bayern	
	1958	1976	1958	1976	1958	1976	1958	1976	1958	1976
Industrie allein	7,8	7,8	78,0	78,4	11,6	12,2	0,6	0,4	2,0	1,0
Bergbau	14,2	14,9	25,3	24,8	21,2	19,6	10,7	12,7	28,5	28,0
Steine, Keramik	15,9	14,8	37,0	31,3	23,6	24,6	20,3	22,4	13,3	16,9
Metallsektor insges. darunter										
Metallerzeugung...	9,3	9,2	63,4	58,9	14,4	16,3	7,4	9,4	5,5	6,2
incl. Auto,										
Maschinenbau...	16,8	15,2	32,0	28,3	14,9	15,2	22,6	24,2	13,7	16,6
dar. Schiffbau allein	(92,5)	(94,5)								
Elektrotechnik	13,2	13,97	24,6	20,5	12,1	12,4	26,3	25,8	23,8	27,43
Feinmechanik...	12,6	13,65	5,8	8,05	13,6	15,25	47,6	39,75	20,4	23,3
Holz, Papier, Druck	17,1	15,2	27,6	28,3	14,6	15,7	21,5	20,9	19,2	19,9
Leder, Textil, Bekleidg.	10,7	15,2	31,9	28,3	13,4	15,7	24,7	20,9	19,3	19,9
Nahrungs-, Genussmit.	27,9	31,3	27,8	25,2	13,7	13,7	17,0	12,2	13,6	17,6
Industrie insgesamt	15,23	15,05	38,01	31,67	14,92	16,05	17,61	19,50	14,23	17,63
Bergbau dsgl. ohne B	16,05	15,31	33,64	30,07	15,29	16,28	19,46	20,13	15,56	18,21

3. Um die hier aufgeführten Zahlen zu deuten, müßte man ein Buch über die Entwicklung der bundesdeutschen Industrie schreiben. Hier ist eine Beschränkung geboten auf die Punkte, die wegen ihrer extremen Veränderungen einer Erläuterung bedürfen:

Beim Metallsektor geht der Anteil von Nordrhein-Westfalen am Bund von 37,0% zurück auf 31,3%, also um 5,7 Prozentpunkte. Der Rückgang erstreckt sich dabei auf nahezu alle Teilgruppen, sei es Maschinenbau oder Elektrotechnik u.ä.. Eine Erklärung findet eine so beunruhigende Anteilziffer weitgehend darin, daß hier wenig Ansatzpunkte bestanden, mit anderen Worten, die expansiven Branchen waren von Anfang an wenig vertreten, weil die alten Branchen genügend Erwerbsgelegenheiten geboten haben - transportunempfindliche und zugleich arbeitsintensive Tätigkeiten sind eine Ausweichgelegenheit für diejenigen, die nicht mit Standortgunst bedacht sind, sozusagen für die benachteiligten Gebiete, oder grober gesagt für die "armen Leute".

4. Daß gerade solch wenig Transportkosten erfordernde Branchen einen derartigen Aufschwung genommen haben, konnte man in den Zeiten des Aufbaus, wo man dringend auf die in Nordrhein-Westfalen ansässigen Kapazitäten der Grundstoffindustrie angewiesen war, noch nicht voraussehen. Nordrhein-Westfalen wird sozusagen von dem Zuwachs in den wenig transportkostenempfindlichen Branchen, in der sogenannten Leichtindustrie, gespart. Nordrhein-Westfalen ist ein gutes Objekt für die Demonstration des "Gesetzes von den komparativen Kosten". Wer es nicht nötig hat, überläßt die arbeitsintensive Feinverarbeitung denen, die nach Natur und Lage benachteiligt und daher zu sonst nichts anderem geeignet sind. Mit dem Bedeutungsschwund der Kohle und der Schwerindustrie überhaupt verliert Nordrhein-Westfalen seine komparativen Standortvorteile; immerhin ist das Land als Ganzes potent genug, um solchen Wandel in der Struktur der Industrie zu verkraften; hart betroffen sind aber die unmittelbaren Standorte der Montanindustrie, d.h. das Ruhrgebiet. Dieses ist zum "Problemgebiet" geworden, wenn auch nicht zum Notstandsgebiet klassischer Art. Die Einbettung in ein kompaktes Industrie-Verarbeitungsgebiet mit ausgebauten

Einrichtungen des Tertiärsektors würde einer solchen Entwicklung entgegenstehen; was lokale Notstände nicht ausschließen mag.

5. Auffallend ist weiterhin, daß die für Baden-Württemberg so charakteristische Branche Feinmechanik und Optik nebst einigen weiteren Teilbranchen, die den geringsten Transportaufwand erfordern, dort anteilig stark zurückgeht von 47,6% des Bundesganzen auf 39,75%. Der Grund ist einfach der, daß in dieser Branche die Expansion in anderen Ländern stattgefunden hat; die hauptsächlichlichen Standorte in Baden-Württemberg sind keineswegs mit Arbeitslosigkeit belastet. Allenfalls ist jetzt die Konkurrenz mit anderen Gebieten härter geworden.

Was weiterhin ins Auge sticht, ist der anteilige Rückgang von Baden-Württemberg in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Das läßt sich auf die mechanisierungsbedingte Schrumpfung in der dort stark vertretenen Tabakverarbeitung zurückführen; wiederum auch hier, ohne irgendwo akute Notstände zu hinterlassen. An die Stelle der Tabakverarbeitung in der standortgünstigen Rheinebene sind, nachdem die Erschwernisse der Nachbarschaft zu einer feindlichen Nation weggefallen sind, andere Arbeitsgelegenheiten getreten.

c. Gesamtdeutschland

1. Die Rückschau auf das Jahr 1939 (im Kapitel 6 (S.) gibt Anlaß, auch noch "Gesamtdeutschland" in die Betrachtung einzubeziehen. Im damaligen Deutschen Reich waren die Verhältnisse großräumig gesehen ähnlich ausgeglichen wie in der jetzigen engeräumigen Bundesrepublik. Die Osthälfte, gleichzusetzen mit dem, was außerhalb der Bundesrepublik, also der Westlichen Hälfte liegt, weist genau dieselbe Besatzziffer wie die Westliche Hälfte mit 14,3 mit 14,8 Arbeitskräften je 100 Einwohner annähernd auf. Innerhalb der Osthälfte sind jedoch die Unterschiede erheblich größer als zwischen den Ländern im Westen, was aus der folgenden Aufstellung ersichtlich ist:

Tabelle 21: Industriebesatzziffern (= ind. Ak je 100 Einwohner, 1939)

Nordost: Ostpreußen, Pommern, Mecklenbg.	5,4	36
Schlesien	10,9	73
Berlin - Brandenburg (auch Westberlin)	17,4	117
Sachsen-Anhalt, Thüringen	17,0	114
Land Sachsen	23,0	154
<hr/>		
Östliche (Beinah) Hälfte = DDR + Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie	14,8	= 100

Das obige Kärtchen mag den Grad der Industrialisierung innerhalb des Deutschen Reichs im Jahr 1939, kurz vor Kriegsbeginn, illustrieren. Man ersieht: Der Nordosten ist ausgesprochen arm an Industrie; Schlesien nimmt wie der Nordwesten (Niedersachsen etc.) und Bayern, eine leicht unterdurchschnittliche Stellung ein, Hessen und Thüringen als das Verbindungsstück zwischen Nord und Süd liegt dem Reichsdurchschnitt nahe, darüber liegen Rheinland-Westfalen, Bader-Württemberg, die Provinz Sachsen sowie Brandenburg - Berlin, und wiederum als einsame Spitze mit einer Besatzziffer 23, das Land Sachsen.

- Das Land Sachsen ist im Industriebesatz absolute Spitze, nirgends sonst mit solchem Abstand erreicht. Es ist das klassische Land der Verarbeitungsindustrie. Mit dem Regimewechsel, verbunden mit einer allerdings anfangs längst nicht totaler Sozialisierung, haben viele sächsische Industrielle, ohnehin als "Kapitalisten" diskriminiert, ihre Betriebe aufgegeben und haben - nach dem dortigen Landesidiom - "sich nach dem Westen gemacht". Ihr bevorzugtes Ziel war Süddeutschland und (Groß-) Hessen. Es wäre eine Untersuchung wert, wieviel die Schwaben, die der seinerzeit berühmte Wirtschaftshistoriker Werner Sombart mit den Sachsen sehr ähnlich hält !!, bei der rasanten Entwicklung ihrer Industrie dem Exodus der Sachsen verdanken.
- Im Zusammenhang mit dem Ausblick über die jetzigen Grenzen hinweg auf die Osthälfte des ehemaligen Deutschen Reichs sei noch an die führende Stellung der Stadt Leipzig im Buchgewerbe - Druckerei, Verlag und Vertrieb - erinnert. In diesem Teilsektor hat nicht das Land Baden-Württemberg, obwohl auch dorthin manche renommierten Verlage Übergewechselt haben, das Erbe von Leipzig angetreten, sondern das Land Hessen, vor allem mit dem Städtedreieck Frankfurt - Wiesbaden - Darmstadt. Die Erbschaft der Messefunktion hat sich ebenfalls - unglücklicherweise - zersplittert, in der Hauptsache auf die drei Städte Hannover, Frankfurt und Köln-Düsseldorf.

(16) TERTIÄRSEKTOR

- Relativ bescheiden sind die Verschiebungen, die beim Gros des Tertiärsektors eingetreten sind. Dies erklärt sich daraus, daß dessen Funktionen sich in der Hauptsache auf die Bedienung und Versorgung der ansässigen Bevölkerung erstrecken. Solche Funktionen reagieren auf die Veränderungen, von denen die Träger der Existenzgrundlagen wie Industrie und Landwirtschaft betroffen sind, recht langsam, zumal im Tertiärsektor die Selbständigen noch stark dominieren.

Unter einem derartigen Aspekt ist es verständlich, daß der Anteil, mit dem Nordrhein-Westfalen am Bundesganzen partizipiert, nicht seiner Einwohnerzahl entspricht; dementsprechend sind die Besatzziffern (Tertiäre je 100 Einw.),

ungeachtet des von einer Bundeshauptstadt ausgehenden Einflusses, unterdurchschnittlich. Bei 17 Millionen Einwohnern schlagen die Spitzenapparaturen des Bundes wie Parlament und Regierung zusammen mit etwas mehr als 20 000 Arbeitskräften gegenüber der Industrie mit ihren mehr als 2 Millionen Arbeitskräften nicht durch.

2. Allerdings sprechen die Erfahrungen aus der Zeit, als Berlin Reichshauptstadt war, für die Vermutung, daß die Eigenschaft als Bundeshauptstadt im Hinblick auf die vielseitigen Möglichkeiten für Kontakte (etwa auch mit den Botschaften in Bezug auf den Außenhandel) auf lange Sicht attraktiv wirken wird auf die Standortentscheidungen der privaten Wirtschaft.

Mit der Zugehörigkeit des Staats zum Tertiärsektor wird allgemein die Frage aufgeworfen, wo denn innerhalb des Bundesgebietes die Sitze der Spitzenfunktionen liegen, sei es für den öffentlichen Bereich, durch den nominell die Hauptstadteigenschaft bestimmt wird, sei es für die private Wirtschaft einschließlich der Nichterwerbsorganisationen wie Kultur, Kirche, Gesundheitspflege, Sport und andere mehr.

3. Keine Landschaft in der jungen Bundesrepublik weist nach Natur, Ausstattung und Tradition Vorzüge in einem Ausmaß auf, durch die sie eindeutig als Sitz einer Hauptstadt vorbestimmt wäre. Vielmehr haben sich im Lauf der Industrialisierung aus der großen Zahl von "amtlich" als "Verdichtungsgebiete" bezeichneten Siedlungskomplexe neun Großverdichtungen herausgebildet, die man nach Einwohnerzahl und Ausstattung "Ballungsgebiete" nennen kann. Das sind

- a) im Norden: Hamburg an erster Stelle, dann Hannover und Bremen
- b) im Westen: die Rheinruhr-Ballung, aus der sich die Rheinschiene abhebt
- c) in der Mitte: das Rhein-Main-Gebiet mit Frankfurt, Wiesbaden etc.
das Rhein-Neckar-Gebiet, grenzüberschreitend mit Mannheim - Ludwigshafen
- d) im Südwesten: der Mittlere Neckarraum mit Stuttgart
- e) in Bayern: München und Nürnberg

In den genannten Ballungsgebieten sind mehr als 40 % der Bevölkerung ansässig, mehr als 50 % der industriellen Arbeitsplätze und, was noch

wichtiger ist, mehr als 80 % der Zentralen der 100 größten Industriefirmen; das sogenannte "Management" ist in einem weit höheren Grad ballungsorientiert als die ausführende Arbeit im Sinn der Fertigung.

4. Es liegt auf der Hand, daß eines dieser 9 Ballungsgebiete für den Sitz der Spitzenfunktionen der Bundesinstanz in Betracht kommen kann. Eigenschaften, die eigentlich von der Hauptstadt eines potenten Staatsgebiets zu erwarten sind, nämlich eine umfassende Ausstattung mit zentralen Einrichtungen, weist unter den westdeutschen Großstädten am ehesten die Bayerische Landeshauptstadt, München, auf. Doch München liegt zu peripher und dürfte auch nie den Ehrgeiz gehabt haben, Bundeshauptstadt zu werden.

Ähnliches in Bezug auf Geneigtheit, Ausstattung und Einwohnerzahl - hierin angesichts der Spitzenstellung mit 1,7 Millionen, in noch höherem Grade - dürfte auch für Hamburg gelten. Hier ist jedoch, anders als in München, der öffentliche Sektor relativ schwach besetzt (die Flächenländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen haben ihre eigenen Landeshauptstädte).

Beiläufig sei dazu vorweg bemerkt:

Für die Ausgewogenheit der Raumstruktur in der Bundesrepublik auch in Bezug auf den Standort der staatlichen Spitzenfunktionen mag der Umstand sprechen, daß die Hauptstädte der beiden peripheren Länder, München für Bayern, Kiel für Schleswig-Holstein, ziemlich genau 600 Kilometer von der Bundeshauptstadt Bonn entfernt sind. Diese liegt nahezu im Brennpunkt einer Hyperbel, die sich von München über den Mittelrhein nach Kiel hinzieht.

5. Angesichts der peripheren Lage der beiden größten Städte kann als Hauptstadt nur ein Platz in Betracht kommen, der zentraler liegt, vor allem wenn man die schwerpunktmäßige Verteilung der Bevölkerung bedenkt. In dieser Hinsicht erweisen sich das Rhein-Main-Gebiet und das Rhein-Ruhr-Gebiet als am besten geeignet, das erstere vom Standpunkt des Verkehrs in einem etwas höheren Grad, doch gravierend ist der Vorsprung

nicht. Die Wahl ist auf die Stadt Bonn gefallen, der südlichste Punkt innerhalb des Rhein-Ruhr-Gebiets und der Rheinschiene, der südlichste Punkt und insoweit für den Süden und die Mitte noch am leichtesten erreichbar.

(17) ZUM HAUPTSTADTPROBLEM

1. Die Tatsache, daß die Wahl der Bundeshauptstadt im Jahr 1949 auf die Stadt Bonn gefallen ist, gibt Anlaß, auch einen Blick auf die Nachbarländer zu werfen. Sowohl in Frankreich als auch in England ist die Stellung der nationalen Hauptstadt gegenüber den anderen großstädtischen Zentren überragend. Um die Hauptstädte Paris und London legt sich ein Gürtel, der mit Ausrichtung auf die Hauptstadt recht dicht besiedelt ist; es handelt sich nach unseren Begriffen um Ballungsgebiete mit 7 bis 12 Millionen Einwohnern, je nach der Schärfe der Abgrenzungskriterien.

Die Stadt Bonn hat ursprünglich 140 000 Einwohner gehabt, aufgrund von Eingemeindungen und eines hauptsächlich dorthin gerichteten Zuzugs hat Bonn jetzt annähernd 300 000 Einwohner, ein verschwindend geringes Volumen gegenüber den Hauptstädten der Nachbarstaaten.

2. Darüber darf allerdings nicht übersehen werden, daß auch Bonn zu einem Ballungsgebiet, wenn auch nur als dessen südlichster Ausläufer, gehört, das rund 11 Millionen Einwohner umfaßt, die Rhein-Ruhr-Ballung. Innerhalb dieses Ballungsgebiets hebt sich fast im rechten Winkel zu dem sich ost-westwärts ziehenden Ruhrgebiet (das "Revier") stehend, die "Rheinschiene" ab, zu der wir die folgenden Stadt- und Landkreise rechnen:

	km ²	1000 Einw. (1977)
Stadtkreise:		
Düsseldorf	214	611
Köln	406	978
Leverkusen	78	164
Bonn	111	284
Landkreise:		
Mettmann	406	473
Neuss	577	403
Erftkreis	703	385
Rhein-Berg-Kr.	438	245
Rhein-Sieg-Kr.	1153	442
"Rheinschiene"	4276	3986

Auf dieser entlang des Rheins verlaufenden Achse haben sich die Träger der Führungsfunktionen, in erster Linie auf der Stufe des Landes Nordrhein-Westfalen, in zweiter Linie aber auch für die Bundesstufe konzentriert. Die Einwohnerzahl der Rheinschiene kommt mit rund 4 Millionen derjenigen der früheren Reichshauptstadt Berlin, mit 4,2 Millionen, recht nahe.

3. Rein quantitativ lassen sich die beiden Hauptstadregionen durchaus miteinander vergleichen.
Der Unterschied zwischen Rheinschiene und Berlin liegt im Qualitativen, d.h. hier vor allem in der räumlichen Anordnung der zentralen Einrichtungen. Die Spitzenfunktionen, in Berlin früher für das Reich und das Land Preußen zusammengefaßt, sind in der Bundesrepublik aufgespalten, vor allem auf die drei Städte Düsseldorf, Köln und Bonn; als Hochschulstadt mag man dazu noch Aachen einbeziehen.
4. Eine der wichtigsten Aufgaben einer raumordnenden Tätigkeit in der wegen des hohen Maßes an Ausgeglichenheit an sich einer zentralen Raumordnung wenig bedürftigen Bundesrepublik wird es sein, aus einem vielkernigen Gebiet über Verkehrsbedienung und Standortbestimmung für öffentliche Einrichtungen ein Gebilde zu schaffen, das den Anforderungen an eine Staatshauptstadt einigermaßen gerecht wird, eine Art polyzentrische Hauptstadtlandschaft. Solche Aufgaben mögen wohl gesehen und vorempfunden worden sein; sie wären aber (seinerzeit, 1949 bis 1966) im Widerspruch gestanden zu der Hoffnung auf eine Wiedervereinigung, bei der Berlin selbstverständlich die Hauptstadtfunktion übernehmen würde.
5. Einstweilen wird man sich wohl damit begnügen müssen, sowohl innerhalb der Hauptstadtlandschaft eine Art Polyzentrismus zu praktizieren, als auch innerhalb des Bundesgebiets im Ganzen eine Aufteilung von zentralen Funktionen der obersten Stufe hinzunehmen, die in einer Art Funktionsaufteilung besteht zwischen den Metropolen (einschl. des näheren Umlands) Rheinische Stadtlandschaft, Rhein-Main-Gebiet, Hamburg, München, als der wichtigsten; in diesen Punkten ist auch die größere Hälfte aller Großfirmensitze konzentriert. Es folgen, mit Sonderfunktionen, die Stadt Hannover,

mit Messe, wissenschaftlichen Einrichtungen wie der Bundesanstalt für Bodenforschung, der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, alsdann die Stadt Stuttgart mit Spezialisten in Praxis und Theorie des Ingenieurwesens. Aus solchen Funktionen erwächst auch in der Bevölkerung eine Art "Funktionsbewußtsein", wie es im Verhalten der Stuttgarter Bevölkerung gegenüber einem Vorschlag des damaligen Oberbürgermeisters Klett zum Ausdruck kommt, dorthin den Sitz der Bundesspitzen zu verlegen; der Vorschlag wurde - meist mit Spott und Hohn - zurückgewiesen, in erster Linie aus Angst, es könnte damit die Wohnungsnot verschärft werden, zum zweiten aus der Besorgnis einer gewissen Überfremdung durch das norddeutsche Element, was zum Ausdruck kommt in der Umformung des Liedes "Preisend mit viel schönen Reden" in "Redend mit viel schönen Preußen".

(18) SOZIALE SCHICHTUNG

1. Der strukturelle Wandel ist nicht nur auf die sektorale Gliederung beschränkt, sondern findet seinen Niederschlag auch in der "sozialen Schichtung", ein Indiz für die letztere bietet - allerdings mit mancherlei hier nicht vorbringbaren Vorbehalten - die Aufteilung der Erwerbstätigen in Selbständige einschließlich Mithelfer, Angestellte und Beamte, angelsächsisch kurz und daher auch hier gut gebrauchbar, "white collars" genannt, und schließlich, immer noch den größeren Teil, die Arbeiter: "blue collars". Der Anteil der Selbständigen einschließlich Mithelfer geht zurück, nicht nur im Hinblick auf den Schrumpfungsprozeß im Agrarsektor, sondern auch mit dem Vordringen der größeren Einheiten in Bezug auf Unternehmung. Dabei werden die nicht agrarischen Bereiche von dem Wandel in den Betriebsgrößen weniger berührt als der Agrarsektor.
2. Einen ersten Eindruck über den Wandel in der Sozialstruktur vermittelt der Anteil der Selbständigen einschließlich Mithelfer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen, einmal im Agrarsektor, zum andern zusammengefaßt in den nicht-agrarischen Bereichen. Man wird, zum mindesten von den

agrarischen Selbständigen sagen können, daß es sich hier Überwiegend um Menschen mit politisch konservativem Einschlag handelt; bei den Nichtlandwirten wird die politische Haltung mehr durch die spezielle Interessenlage bestimmt, sei es im Hinblick auf den Sektor, dem man zugehört oder auf die Stellung als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, so wie als Hausbesitzer oder Mieter.

Tabelle 23: Selbständige und Mithelfer im Agrarsektor

a) im Agrarsektor

Länder (gruppen)	1958 Ak in 1000	1977	Differenz		Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitskräfte in %		
			58/77	in % v.58	1958	1977	Bund (1977) = 100
Nord	518	251	267	51,5	10,24	4,96	96
NRW	381	140	241	63,5	5,44	2,08	40,5
Mitte	641	201	440	68,5	15,44	4,75	92
BW	591	224	367	62	20,86	5,52	107
Bayern	992	476	516	52	20,98	9,61	186
BR(o.B.)	3123	1292	1831	58,5	13,14	5,61	100

b) in den nicht-agrarischen Sektoren

Nord	664	422	242	36,5	13,13	8,35	101
NRW	759	537	222	29,3	10,85	7,96	96,5
Mitte	533	361	172	32,2	13,15	8,52	103
BW	426	324	102	39,1	11,11	7,98	96,5
Bayern	596	425	171	28,7	12,61	8,58	104
BR(o.B.)	2977	2069	908	30,5	12,53	8,26	100

Man ersieht: Der Anteil der Selbständigen und Mithelfer im Agrarsektor weist große Unterschiede auf, wiederum mit sichtbarem Gefälle von Süd nach Nord. Das Land Nordrhein-Westfalen liegt, verständlich angesichts der alten Industriestruktur, am Schluß, die beiden süddeutschen Länder an der Spitze. Baden-Württemberg unterscheidet sich dabei, trotz des weit höheren Industriebesatzes im Ganzen, kaum von Bayern, das erstere hat vorwiegend kleinbäuerliche Betriebsgrößen, während in Bayern noch die Mittelbauern vorherrschen.

3. In den nichtagrarischen Sektoren sind die Unterschiede überraschend gering. Das Land Baden-Württemberg, dem doch immer die "gesunde" Mittelbetriebsstruktur nachgesagt wird, liegt unter dem Bundesdurchschnitt, verständlich, weil hier in Wirklichkeit innerhalb der Verarbeitungsindustrie zum einen die Großbetriebe überdurchschnittlich vertreten sind im Vergleich zu dem alten Industrieland Nordrhein-Westfalen und weil die führenden Unternehmen zugleich zu den Wachstumsbranchen gehören. Daß vor allem der württembergische Teil noch immer als ein Land mit Vorherrschen des "gesunden" Mittel- und Kleinbetriebs angesehen und gepriesen wird, gehört zu den Kollektivirrtümern, die schwer ausrottabar sind. Die vielgerühmte Krisenfestigkeit von Baden-Württemberg beruht gerade auf dem Gegenteil, dem Vorherrschen der Branchenführer, die im Fall einer Krise als Letzte Schluß zu machen gezwungen wären. In der Gegenwart besteht die Krisenfestigkeit u. a. auch darin, daß die Gastarbeiter sozusagen eine Pufferfunktion ausüben, indem sie bei Rückschlägen als Erste abgeschoben werden können, während die Einheimischen weitgehend verschont bleiben.
4. Die vielgerühmte Verbindung von Industrie und Landwirtschaft, zweifellos ebenfalls eine Art Pufferelement, verliert an Bedeutung insoweit, als der Anteil der Agrarprodukte an den Lebenshaltungskosten laufend zurückgeht. Im übrigen ist Baden-Württemberg keineswegs führend. Dies trifft eher für das Land Rheinland-Pfalz zu, das im Sozialprodukt je Kopf an letzter oder vorletzter Stelle steht. Der Hauptgrund für die Schwäche dieses Landes liegt in dem Fehlen von echten Metropolen. Die Zentren für das Land liegen verteilt auf die drei Nachbarn Hessen mit Frankfurt, Baden-Württemberg mit Mannheim und Karlsruhe, und Nordrhein-Westfalen mit Köln, Bonn und Aachen. Eine weitere Ursache für die Schwäche von Rheinland-Pfalz besteht in dem geringen Besatz mit Industrie, und schließlich ist die Produktivität der Landwirtschaft selbst durch Zersplitterung von Grundstücken und Betrieben, sowie in vielen Teilen durch die schlechten Naturbedingungen beeinträchtigt. Innerhalb der

- Industrie sind solche Branchen stark vertreten, die mit Niedriglohnländern in Konkurrenz stehen ! Auf der anderen Seite hat das Land im Hinblick auf seine zentrale Lage in Westeuropa die Chance, seine Existenzgrundlagen zu erweitern, was man bereits auch an überdurchschnittlichen Wachstumsraten erkennen kann.
5. Die Intensität des Strukturwandels wird in der Tabelle 23 ersichtlich gemacht über die Differenzen, die sich in den Bestandszahlen 1977 und 1958 ergeben. Danach werden die Länder(gruppen) mit einer hohen Agrarquote von Strukturwandel weniger betroffen, wie Bayern und Nord, als die Mitte. Hier, vor allem in Rheinland-Pfalz, ist die Agrarstrukturverbesserung offensichtlich am meisten dringend. Mit der Verringerung von leistungsschwachen Selbständigen dürfte es zusammenhängen, daß sich die Unterschiede im Sozialprodukt je Kopf, wie in der Tabelle 23 aufgezeigt, verringert haben.
6. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß mit dem Rückgang der Selbständigen der Mittelstand Einbußen erlitten hat. Diese werden aber weitgehend ausgeglichen durch den Zuwachs an gehobenen White Collars; sie bilden die hauptsächlichen Elemente des "neuen" Mittelstands. Dazu sind auch gut verdienende Facharbeiter zu rechnen. Viele verdienen erheblich mehr als die White Collars, die man insoweit eher der "Grundschrift", ein taktvollerer Ausdruck für "Unterschicht", zuordnen sollte. Ganz allgemein haben sich die alten Schichtvorstellungen verwischt; wir kommen damit den USA näher. Solche Tendenzen haben allerdings in den Besoldungs- und Vergütungsordnungen des - immobilien - öffentlichen Dienstes noch wenig Eingang gefunden, was auf Kosten des Steuerzahlers geht. Der sogenannte "Mittelstand" wird sich mehr und mehr, anstelle von Selbständigen, aus den White Collars, d.h. aus Angestellten und Beamten, rekrutieren, sowie aus gehobenen Facharbeitern, deren Quantifizierung allerdings wegen fehlender Kriterien in der Statistik recht schwierig ist. Daher wagen wir es auch nicht, hierzu Größenordnungen anzugeben.
- Näheres zu der Schichtung wird noch im nächsten Kapitel gesagt.

(19) SCHICHTUNG DER EINKOMMEN

a. Selbständige

1. Was das Niveau derjenigen, die noch selbständig geblieben sind, betrifft, so kann man behaupten, daß sich dieses sowohl in Bezug auf Einkommen als auch auf den sozialen Rang, gegenüber früher wesentlich angehoben hat. Durch die Strukturverbesserung sind weitgehend die Existenzen, die man als schwach bezeichnen kann, ausgeschieden worden, im Agrarsektor durch amtliche Maßnahmen, in den gewerblichen Sektoren durch die Härte der Konkurrenz und, solange der gesamte Erwerbsspielraum ausgeweitet worden ist, durch die Möglichkeit, in gut dotierte Angestelltentätigkeiten überzuwechseln. Im Handwerk sind die Chancen in der Mehrzahl der Branchen für die verbleibenden Selbständigen ohnehin recht günstig, weniger dagegen in den sogenannten "Freien Berufen", wo die starken Zunahmen der selbständigen Büros und Praxen allmählich auf eine Überbesetzung schließen lassen - die potentiellen Kümmerexistenzen haben sich, innerhalb der Selbständigen, von den "blue collars" auf die "white collars" verlagert.
2. Wie sich solche Kümmerexistenzen innerhalb der nichtagrarischen Selbständigen auf die einzelnen Länder verteilen, läßt sich ohne eingehende Auswertung der Finanzstatistiken nicht auf Anhieb sagen; die Vermutung spricht dafür, daß die stagnierenden Länder davon eher negativ betroffen sein werden als die expandierenden. Nicht auszuschließen ist aber, daß sich manche der potentiellen Selbständigen aufgrund der allgemein günstigen Aussichten verleiten lassen, in die expandierenden Gebiete zu übersiedeln und dort auf diesem zu der Beschleunigung einer ohnehin drohenden Überbesetzung beizutragen.
3. Aus der Finanzstatistik, exakter gesagt bei der Statistik des Veranlagten Einkommens und des Lohneinkommens, sowie des Vermögens und der Umsätze lassen sich am besten die strukturellen Veränderungen allgemein und regional erkennen, doch hierfür fehlen noch die Daten für die zweite Hälfte der siebziger Jahre. Die letzte Veröffentlichung bezieht sich auf

das Jahr 1971. Sobald neuere Daten anfallen, soll zu der vorliegenden Studie noch ein Nachtrag nachgereicht werden. Er wird Aussagen enthalten, die wesentlich interessanter sind als das, was die Statistiken über die soziale Gliederung - seien es die großen Zählungswerke oder die mannigfachen Mikrozensen - darbieten können.

b. Die Abhängigen

Das Gegenstück zu den Selbständigen bilden die Abhängigen, mit anderen Worten, die "Arbeitnehmer". Hier sind absolut und anteilig die Zuwächse. Wesentlich ist dabei, ungeachtet von Tendenzen zur Angleichung der Arbeitsentgelte (= Löhne und Gehälter), der Unterschied zwischen den blue collars und den white collars - die letzteren sind im Vordringen und zwar bis zur Gegenwart. Der Prozeß in sozialfunktionaler Hinsicht scheint noch nicht abgeschlossen zu sein, im Gegensatz zu dem Schrumpfungsprozeß beim Agrarsektor, der seinem Ende entgegengeht, einfach deshalb, weil der Topf bereits nahezu ausgelaufen ist (Von 6 % Rest im Jahre 1977 als Agrarquote läßt sich eben weniger herausholen als von 22% im Jahre 1950).

Die nachstehende Tabelle zeigt, wie sich die Relationen zwischen white collars zu blue collars von 1962 bis 1977 verändert haben:

Tabelle 24: Relation zwischen White Collars und Blue Collars
(Auf 100 "Hand"Arbeiter kommen "Kopf"arbeiter (= Angestellte und Beamte))

Länder(gruppen)	1962	1968	1974	1977
Nord	63,5	74,7	102,7	111,8
NRW	56,9	68,3	91,4	104,8
Mitte	65,4	76,5	96,7	108,8
Baden-Württemberg	53,4	67,6	81,6	92,8
Bayern	57,3	67,6	82,0	90,8
BR ohne Berlin	59,1	70,7	90,9	102,0

1. Man ersieht: Hier stehen die Länder(gruppen), die im Tertiärsektor überregionale Funktionen erfüllen, an der Spitze, der Norden aufgrund vor

allen der Funktionen der Hansestädte; hinzu kommt in den Flächenländern ein relativ hoher Besatz mit Wehrmachtspersonal. Der Norden steht durchgehend über dem Bundesdurchschnitt.

2. Anders verhält es sich mit Nordrhein-Westfalen. Die anfangs niedrige Relation ist auf die Bedeutung des Montansektors zurückzuführen, mit dessen Schrumpfung drängen die Funktionen vor, die viele white collars erfordern, darunter auch der öffentliche Sektor - die Bundesfunktionen schlagen hierbei etwas mehr durch als bei der Gesamtzahl der Erwerbstätigen, wo sie in der Größe des Landes "untertauchen". Im Jahr 1977 liegt das Land mit einer Relation von 104,8 bereits über dem Bundesdurchschnitt von 102.
3. In der Mitte dürften vor allem die Funktionen von Großhandel, Verkehr und auch der Wehrmacht einschließlich der US-Stäbe bezüglich des deutschen Hilfspersonals, den hohen Stand erklären.
4. Baden-Württemberg steht anfangs am Schluß - hier ist die Verarbeitungsindustrie, u.a. auch mit viel weiblichen Arbeitern - stark vertreten. Etwas dürfte auch die Mentalität bei der Ausfüllung der statistischen Fragebogen beitragen - man bekannt sich noch zur "Arbeit" -. Solide Hand- und Facharbeit sind mehr geachtet als die Schreibearbeit, soweit die Bevölkerung nicht durch das Sozialprestigedenken infiziert ist; der Prozeß schreitet fort mit der wachsenden Zahl der Ausländer, durch die die Handarbeit abgewertet wird.
5. Bayern läuft mit Baden-Württemberg ziemlich gleich. Anfangs lag die White-Collar-Rate sogar noch etwas höher; mit dem Vordringen der Industrie beginnt sich, vor allem wegen des Gewichts des öffentlichen Sektors, der Abstand zu Baden-Württemberg zu verringern und dessen Relation sogar zu unterschreiten. Bei den neuen Betrieben in Bayern handelt es sich, was sich gar nicht vermeiden läßt, vielfach um Zweigstellen mit wenig Management. Eine solche Tendenz wird jedoch abgeschwächt im Hinblick darauf, daß München attraktiv ist für die Hauptsitze von Großunternehmen, wofür Siemens als einer von vielen Fällen angeführt werden mag.

In der Tabelle kommt ein sehr nachhaltiger Wandel im Einsatz von menschlicher Arbeit zum Ausdruck. Die Relation white zu blue collar steigt von 59,1 auf 102 an. Würde man die Gastarbeiter, die fast ausnahmslos zu den blue collars gehören, ausklammern, so würde der Wandel bei den Deutschen noch viel deutlicher zum Ausdruck kommen; dank der Rationalisierung wird Handarbeit zunehmend entbehrlich, erfordert dafür aber mehr disponierende Kopfarbeit.

c. Vergleich mit USA

1. Wenn dem Verhältnis zwischen white collar und blue collar hier so viel Aufmerksamkeit zugewendet wird, geschieht dies im Hinblick darauf, daß die ersteren eher einem Leben in der Großstadt zuneigen, allein schon aus Gründen der Ausweichmöglichkeiten im Fall des Verlustes des Arbeitsplatzes - die Breite des Angebots an Arbeitsplätzen ist wesentlich größer als im ländlichen Raum - . Bei den hier meist unvermeidbaren Monostrukturen sind die Angestellten, vor allem die älteren, mangels Ausweichmöglichkeiten, in einem Zustand von Firmenabhängigkeit, den man - es sei denn, sie gehören familiär zu der dort ansässigen Oberschicht - eher der Leibeigenschaft zurechnen könnte. Demgegenüber sind die Facharbeiter, soweit nicht allzu stark auf die Besonderheiten eines führenden Betriebs spezialisiert, eher als "Freie" zu bezeichnen.
2. Im Zusammenhang mit der sozialen Schichtung mag auch ein Hinweis auf die Vereinigten Staaten von Amerika angebracht sein: Danach läßt sich der Strukturwandel von 1900 bis zur Gegenwart, d.h. hier 1967, in Verbindung mit der sektoralen Orientierung wie folgt charakterisieren:

Tabelle 25: Gliederung und Schichtung der Arbeitnehmer in den USA (zitiert nach Bullock, S. 279)

Arbeitskräfte sind	1900	1960	1967	dar. weibl.
a) White Collar; darunter	16,5	42,0	46,1	(45,7%)
Gehobene Funktion	6,5	18,0	23,4	
Büro...	4,0	16,0	16,6	(67,6%)
Verkäufer...	6,0	18,0	6,1	(36,6%)
b) Blue Collar; darunter	71,4	45,4	38,8	(15,79%)
Agrarsektor	23,6	2,6	2,1	(17,3%)
c) Unmittelbare Dienstleistungen, undifferenziert	12,1	12,6	15,6	(ca.60%)
Zusammen	100	100	100	

3. Der Verlauf ist ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland und früher im Deutschen Reich; die USA sind dabei aber ein oder einige Jahrzehnte voraus. Das verleitet dazu, aus dem Verlauf in den USA Prognosen für die europäische Entwicklung abzuleiten; das ist zulässig, ja sogar empfehlenswert, jedoch nur wenn man dabei die Verschiedenartigkeit der Rahmenbedingungen ökonomischer und sozialer Art (z.B. Schwarze dort, Ausländer hier) mit in die Betrachtung einbezieht. Man müßte aus dem Vergleich mit den USA schließen, daß sich in der BRD Verschiebungen in dem Ausmaß, wie dies von 1958 bis 1977 geschehen ist, nicht mehr erwarten lassen. Vor allem wenn der Zuzug von Gastarbeitern gesperrt sein wird, sähen sich viele veranlaßt, sich wieder mehr den blue collars zuzuwenden.

Bei dem Übergang vom blue collar zum white collar darf nicht übersehen werden, daß manche Tätigkeiten ohne materielle Änderung aus Prestige-gründen von blue zu white aufgestuft worden sind; die Veränderungen sind in Wirklichkeit nicht so groß, wie sie in der Statistik zum Ausdruck kommen.

4. Im übrigen: Warten wir die Ergebnisse der nächsten Volkszählung ab (1980/81). Sie wäre längst fällig gewesen. Doch Wissen kostet Geld: Darum muß es aus der Sicht des Steuerzahlers unterbleiben !

Teodoro Kausel

Ein theoretisches Modell zur Optimierung der räumlichen Verteilung der wirtschaftlichen Aktivitäten

1. Einleitung
2. Grundannahmen
 - 2.1 Die Produktion der Güter
 - 2.2 Die Verteilungskosten
 - 2.3 Die Bündelung der wirtschaftlichen Aktivitäten
 - 2.4 Die Nachfrageseite
 - 2.5 Die Kostenfunktion
3. Darstellung des Optimierungsmodells
 - 3.1 Aufbau des Modells
 - 3.2 Der Multiplikatoreffekt
 - 3.3 Analytische Darstellung des Optimierungsproblems
4. Zusammenfassung